

Perspektiven

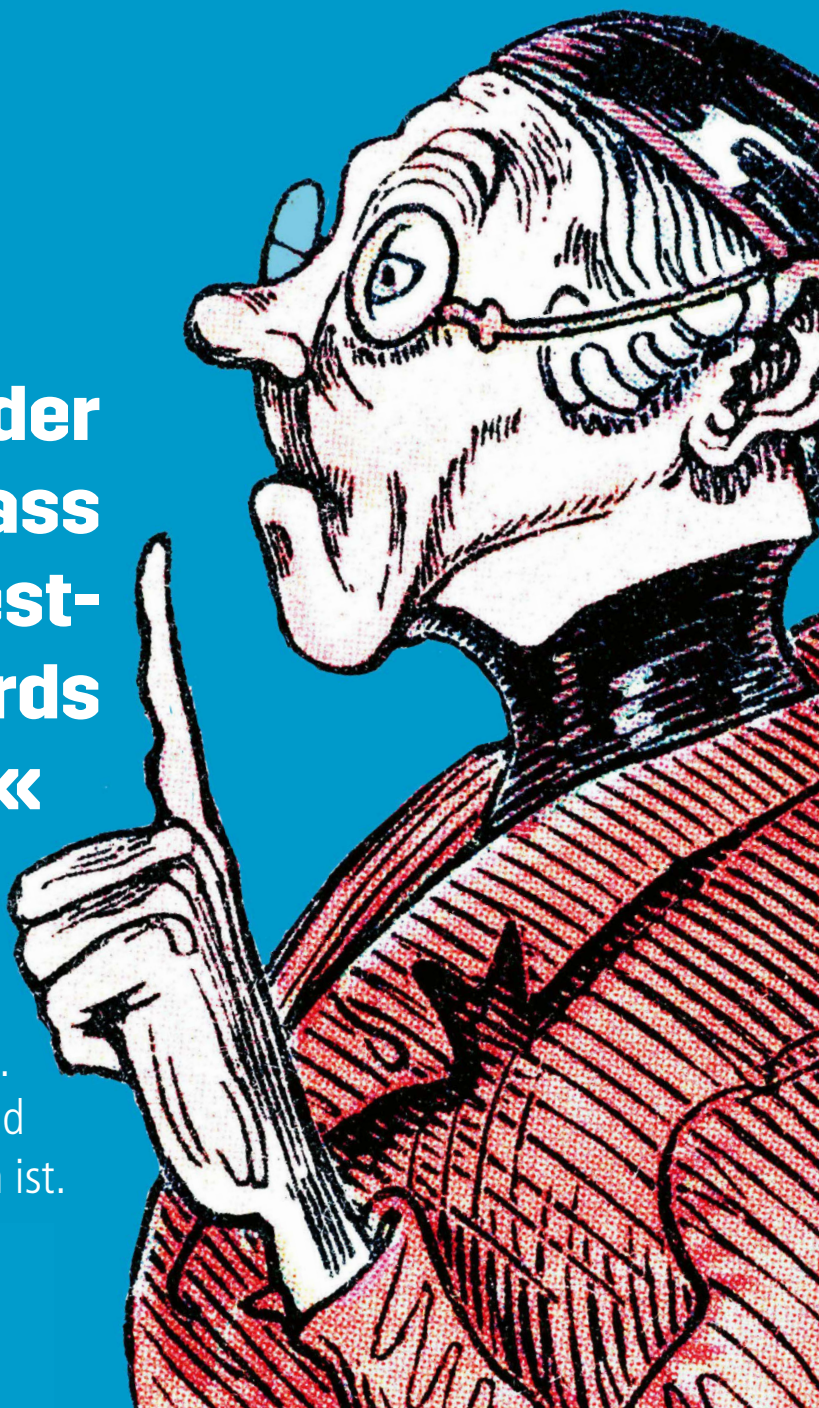
Das Magazin der Metall- und Elektro-Industrie

02|2024

Berlins CDU-
Bildungssenatorin
**Katharina
Günther-Wünsch**
im Gastbeitrag

»Also lautet der Beschluss, dass man Mindest- bildungsstandards haben muss!«

Vielen Schülern fehlen
Grundkenntnisse beim Lesen,
Schreiben und Rechnen.
Das sagen Lernstandstests.
Wie die Bildungskrise dem Land
schadet und was zu tun ist.



**»Das Kerngeschäft der Schule ist ein
bisschen unter die Räder gekommen.«**

Ties Rabe (SPD), Hamburgs Bildungssenator a. D., spricht im
Interview **über Defizite der Schüler und der Bildungspolitik.**



03 KOMMENTAR

Berlins Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) über die großen Herausforderungen der deutschen Bildungspolitik

04 AGENDA

Meldungen und Standpunkte aus Wirtschaft, Politik und M+E-Industrie

04 BILDUNG

Der Berufsbildungsbericht 2024

07 SICHT:WEISE

Drei Stimmen zu Gendersprache in Schulen und Verwaltung

08 TITELTHEMA

Deutschland steckt in einer Bildungskrise. Viele Schüler zeigen starke Defizite schon in den Grundkenntnissen. Welche Wege nun gegangen werden müssen

18 DEBATTE

Ties Rabe (SPD), Hamburgs Bildungs-senator a. D., verrät im Interview, warum es unpopuläre Lösungen braucht, um dem Leistungsrückgang an Schulen zu begegnen

23 MINT-TEST

Wie hätten Sie beim PISA-Test abgeschnitten?

24 DEUTSCHLAND BESSER MACHEN

Gibt es rechtsfreie Räume in Deutschland?

28 PERSPEKTIVE

Talfahrt: Die Rezession setzte sich im ersten Quartal 2024 fort

30 RETROSPEKTIVE

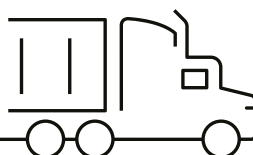
Was wurde aus dem Betriebsräte-modernisierungsgesetz?

30 IMPRESSUM

31 KARIKATUR

32 ZITAT

Lkw-Verkehr als Konjunkturindex: Mit 95,8 Punkten lag der Lkw-Maut-Index im April erstmals seit September 2022 wieder leicht über dem Vorjahr. **S. 28**



Ein Fundament für die Zukunft legen

WAS MEINEN SIE, FRAU GÜNTHER-WÜNSCH? Wer ein Land vorantreiben will, muss Bildung immer wieder neu denken. Es braucht individuelle Förderung statt Gleichmacherei, sagt Katharina Günther-Wünsch (CDU), Senatorin für Bildung, Jugend und Familie des Landes Berlin.

Eine starke Wirtschaft sorgt für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit. Dafür braucht sie Innovationskraft und gut ausgebildete Fachkräfte – sie sichern unseren Wohlstand. Deshalb müssen wir endlich wieder gute Bildung von klein auf in den Mittelpunkt rücken. Unsere Gesellschaft besteht aus Individuen mit persönlichen Stärken und Schwächen. Und das gilt natürlich auch für Kinder. Sie haben die besten Startchancen verdient – unabhängig vom Geldbeutel oder von der Herkunft der Familie. Die Lösung kann aber nicht in Gleichmacherei liegen. Im Gegenteil. Ich bin überzeugt, dass wir die Begabungen eines jeden Kindes stärker in den Blick nehmen und fördern müssen. Deshalb strebe ich nach einer Bildungspolitik, die eine Durchlässigkeit zwischen den Schultypen und Ausbildungswegen gewährleistet. Dabei liegt mir am Herzen, leistungsschwächere sowie leistungsstarke Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und zu ermutigen.


In Berlin haben wir im ersten Jahr des CDU-geführten Senats bereits bedeutende Schritte unternommen. Wir nehmen die frühkindliche Förderung in den Kitas und Grundschulen verstärkt in den Blick. Wir wollen und wir müssen den noch immer bestehenden und zum Nachteil reichenden Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungs-

erfolg durchbrechen. Das gelingt, wenn wir uns endlich auf das Wesentliche konzentrieren – und das sind die Basiskompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen. Deshalb haben wir ein Jahr vor der Einschulung das „Kita-Chancenjahr“ eingeführt – eine verpflichtende Sprachförderung für Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen. Wir müssen Kitas als das begreifen, was sie sind: nicht etwa bloße Betreuungs-, sondern Bildungseinrichtungen. Und der Ort, an dem das Fundament für den weiteren Bildungsweg gelegt wird.

Bildungspolitik auf Höhe der Zeit braucht eine ganzheitliche Betrachtung der Bildungslaufbahn. Mit der Novellierung des Berliner Schulgesetzes machen wir genau das. Neben der Einführung des „Kita-Chancenjahres“ regeln wir den Übergang in die Jahrgangsstufe 7 am Gymnasium neu und richten ein 11. Pflichtschuljahr ein – als letztes Bundesland wohlgeordnet. Das 11. Pflichtschuljahr dient nicht einem Schulabschluss, sondern der Berufsorientierung junger Menschen. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit mit Unternehmen und ehrenamtlichen Organisationen.

Schulen als Arbeitsort attraktiver machen

Eine weitere Herausforderung: der Lehrkräftemangel. Der Lehrerberuf und der Arbeitsort Schule müssen wieder attraktiver werden. Nur so kann Unterricht verlässlich stattfinden. Durch die Corona-Pandemie ist uns schmerzlich bewusst geworden, wie schleppend die Digitalisierung an den Schulen vorangeht. Doch ohne sie – kein zeitgemäßer Unterricht und keine datenbasierte Schulentwicklung. Für die Lehrerbildung gilt: kürzere und praxisorientierte Ausbildungsgänge sowie eine verstärkte Fort- und Weiterbildung.

Dies ist nur ein Schlaglicht auf die Vielzahl der Herausforderungen. Doch das ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Daher ist es entscheidend, dass Bund und Länder zusammenarbeiten – und da denke ich vor allem an die Bereitschaft, stärker in Bildung zu investieren. Nur mit einer soliden Bildungspolitik machen wir unsere Schülerinnen und Schüler fit für die Zukunft und damit Deutschland erfolgreich. Lassen Sie uns also loslaufen! 

GASTAUTOR: Katharina Günther-Wünsch (CDU)

WOHNORT: Berlin

BERUF: Bildungssenatorin

BERUFUNG: Wissen vermitteln



Mehr Ausbildungsverträge, viele Ausbildungsplätze unbesetzt

In Deutschland gab es im vergangenen Jahr mehr Ausbildungsverträge, aber viele Ausbildungsstellen blieben unbesetzt. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Zahl an jungen Menschen, die trotzdem keinen Einstieg in eine Berufsausbildung finden.

Dies zeigt der **BERUFSBILDUNGSBERICHT 2024**.



Die Zahl der neuen Ausbildungsverträge ist erneut gestiegen. 489.182 Verträge wurden 2023 bundesweit abgeschlossen. Das entspricht einer Steigerung um drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei verzeichnete die Metall- und Elektro-Industrie eine Steigerung von acht Prozent im Vergleich zu 2022. Insgesamt wurden 76.615 Neuverträge in den Bereichen Metall, Elektro und technische IT abgeschlossen.

14.000 Stellen unbesetzt

Aber 14.000 Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden. Über alle Branchen hinweg waren es 73.000. Ein immer häufiger von den Betrieben beklagtes Problem ist dabei das „Ghosting“: Ein Ausbildungsplatz wird nicht angetreten und der Kontakt bricht ab.

Laut Statistischem Bundesamt waren insgesamt 2,86 Millionen Erwachsene im Alter von 20 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss. Das sind gut 50.000 mehr als noch 2020. Diese Entwicklung

lässt sich zum Teil durch einen Anstieg der Migration erklären. In dieser Gruppe haben 39 Prozent aller Personen keinen Berufsabschluss. Der Anteil ist doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Ein anderer Grund liegt in der starken Fokussierung auf einen Traumberuf.

Tatsächlich ist aber nur ein geringer Teil der Erwachsenen von 20 bis 34 Jahren ohne Berufsabschluss auch ohne Beschäftigung. Dass die Karriereaussichten mit formalem Berufsabschluss langfristig deutlich besser sind, steht außer Frage. Teilqualifikationen, die zu anerkannten Berufsabschlüssen führen, können hier sicherlich ein Karrierepfad im Sinne einer zweiten Chance sein.

Geeignete Bewerbungen fehlen oft

Die Ausbildungsbetriebsquote, also die Zahl der Betriebe, die ausbilden, ist weiter gesunken und beträgt jetzt 18,9 Prozent. Dieser Rückgang ist auf Kleinbetriebe (1 bis 9 Beschäftigte) zurückzuführen, Großbetriebe ab 250 Beschäftigte verzeichnen eine Ausbildungsquote von 81,3 Prozent. Diese

Entwicklung ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass außer dem Ausbildungsangebot der Betriebe auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen bei jungen Erwachsenen sinkt.

Laut Deutscher Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat sich die Anzahl der IHK-Betriebe, die nicht alle Ausbildungsstellen besetzen konnten, seit 2012 verdoppelt. Wie im Jahr 2021 erhielt über ein Drittel (37 Prozent) der befragten Ausbildungsbetriebe mit unbesetzten Ausbildungsplätzen im Jahr 2022 keine einzige Bewerbung. Knapp 70 Prozent der Betriebe gaben als Grund für die Nichtbesetzung der Stellen an, keine geeignete Bewerbung erhalten zu haben.

Gleichzeitig gaben 80 Prozent der befragten IHK-Ausbildungsbetriebe an, ihr Engagement in der beruflichen Orientierung weiter zu verstärken, um den Herausforderungen bei der Rekrutierung von Auszubildenden entgegenzuwirken. So soll es zum Beispiel mehr Betriebspraktika für Schülerinnen und Schüler geben.

M+E-Industrie

Tarifrunde in schwierigen Zeiten

Tarifrunden sind nie einfach, aber in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind sie besonders schwer. In einer solchen Gemengelage liegt die Tarifrunde der Metall- und Elektro-Industrie, die im September 2024 startet. Schlechte Standortbedingungen und Arbeitskräftemangel treffen auf die nachwirkend hohe Inflation und den Wunsch nach mehr Arbeitszeitsouveränität – zum Beispiel, Geld in Zeit umzuwandeln. Derzeit diskutiert die IG Metall ihre Forderung für die Tarifrunde. Es bleibt zu hoffen, dass sie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Blick hat.

Geschäftsbericht 2023/2024

Standort stärken

Der Geschäftsbericht von Gesamtmetall, der nach der Mitgliederversammlung auch elektronisch auf www.gesamtmetall.de zu lesen ist, trägt in diesem Jahr den Titel „Standort stärken. Zeit für die Wirtschaftswende“. Er stellt die aktuellen Herausforderungen Deutschlands dar und macht deutlich, dass es nur mit einer echten Wirtschaftswende gelingen kann, Deutschland auf den Wachstumspfad zurückzubringen. Darüber hinaus informiert der Geschäftsbericht in bewährter Weise über Arbeit, Aktivitäten, Leistungen und Erfolge von Gesamtmetall aus dem vergangenen Jahr.



Sozialpartner-Erklärung

Industriestandort stärken

Die Gewerkschaft IG Metall und der Arbeitgeberverband Gesamtmetall drücken in einer gemeinsamen Erklärung ihre Sorge darüber aus, dass derzeit zu viele Standort- und Investitionsentscheidungen von Unternehmen aus dem In- und Ausland gegen Deutschland ausfallen. Um entgegenzuwirken, sollten jetzt folgenden Maßnahmen umgesetzt werden:

- konkurrenzfähige Energiekosten sicherstellen und attraktivere Investitionsbedingungen schaffen
- Infrastrukturausbau beschleunigen
- duale Ausbildung ausbauen und stärken
- Schulen und Berufsschulen besser ausstatten
- Mindestbildungsstandards einführen
- Fachkräfte gewinnen, weniger Bürokratie und mehr Willkommenskultur schaffen

Die Sozialpartner der Metall- und Elektro-Industrie bekräftigen damit ihre gesellschaftliche Verantwortung und ihren gemeinsamen Beitrag für den Erfolg der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft – genau 75 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik, der Verabschiedung des Grundgesetzes und Wiedereinführung der Tarifautonomie.

Sie interessieren sich für die komplette Erklärung? Hier können Sie ihn kostenlos downloaden:



TAG DER ME 2024 INDUSTRIE 24

*Geht uns das Wir verloren?
Wie gesellschaftlicher Zusammenhalt gelingt.
Darüber diskutieren wir mit ...*



Prof. Renate Köcher



Boris Pistorius



Christian Lindner



Christiane Benner



Dr. Carsten Linnemann

In den Bolle Festsälen, Berlin 09/09/2024

Wollen Sie dabei sein?
Dann schreiben Sie an events@gesamtmetall.de.
Wir prüfen Ihre Anfrage und senden Ihnen ggf. eine Einladung zu.

Rentenversicherung

Das Rentenpaket II geht zulasten zukünftiger Generationen



Das Rentenpaket II der Bundesregierung löst die strukturellen Probleme der Rentenversicherung nicht. Stattdessen geht es zulasten zukünftiger Generationen. Im Paket enthalten sind im Wesentlichen die Verlängerung der Haltelinie des Rentenniveaus über 2025 hinaus bis 2039 sowie die Errichtung der Stiftung „Generationenkapital“, die aus den Erträgen des Stiftungsvermögens einen Finanzierungsbeitrag an die Deutsche Rentenversicherung leisten soll. Ab 2036 sollen durchschnittlich 10 Milliarden Euro pro Jahr an die Rentenkasse gehen. Allerdings belasten die enormen Gesamtkosten des Pakets Beitrags- und Steuerzahler bis 2040 mit über 300 Milliarden Euro und bis Mitte der 2040er-Jahre sogar mit über 500 Milliarden Euro. Das geplante Generationenkapital reicht nicht, um diese Lasten aufzufangen. Es fehlt an ambitionierten Reformen für eine nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung, wie mehr Anreize für längere Beschäftigung und weniger für eine vorgezogene Altersrente.

BG ETEM

Neuer Vorstand

Der Vorstand der Berufsgenossenschaft Energie Textil Elektro Medienerzeugnisse (BG ETEM) hat **Franz Donner** zum neuen alternierenden Vorstandsvorsitzenden für die Arbeitgeberseite gewählt. Donner folgt auf den im Februar verstorbenen Dr. Bernhard Ascherl. Donner war bis 2021 Konzernpersonalleiter der Zeiss Gruppe und ist bis Juni 2024 Vorsitzender des Rates der Arbeitswelt.



BAVC

Scharpwinkel führt Chemie-Arbeitgeber

Katja Scharpwinkel ist neue Präsidentin des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie (BAVC). Sie tritt die Nachfolge von Kai Beckmann an, der das Amt nach sieben Jahren abgegeben hat. Scharpwinkel ist Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektorin der BASF SE, dem größten Arbeitgeber der deutschen Chemie-Industrie.



EU-Lieferkettenrichtlinie

Beschluss steht endgültig

Die EU-Staaten haben das europäische Lieferkettengesetz endgültig beschlossen. Im Frühjahr hatte bereits das Europaparlament den Weg für das Vorhaben frei gemacht. Die Mitgliedstaaten haben zwei Jahre Zeit, die Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. Dies wird gerade in Deutschland erhebliches Kopfzerbrechen bereiten. Die Richtlinie und das bestehende deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz sind nur schwer miteinander zu vereinbaren. In manchen Punkten geht die Richtlinie weiter als das deutsche Gesetz, in anderen Punkten ist es umgekehrt. Damit besteht eine große Gefahr von „Goldplating“, wodurch deutsche Unternehmen ungleich stärker durch die Richtlinie belastet würden als ihre europäischen Mitbewerber.

Bürokratieabbau

Bewegung beim Nachweisgesetz

Das sogenannte Nachweisgesetz wird reformiert – ein überfälliger Schritt beim Bürokratieabbau. Mit der geplanten Reform können Arbeitgeber hoffentlich bald erforderliche Nachweise von sogenannten wesentlichen Arbeitsbedingungen rechtssicher nicht nur schriftlich, sondern auch per E-Mail oder mithilfe digitaler Mitarbeiterportale an ihre Arbeitnehmer übermitteln. Damit geht Bundesarbeitsminister Hubertus Heil auf zahlreiche langjährige Forderungen aus der Wirtschaft ein und sorgt für eine spürbare Entlastung der Unternehmen.

Soll Gendersprache in Schule und Verwaltung verboten werden?

Kaum ein Thema wird derzeit so hitzig diskutiert und polarisiert so sehr wie das Gendern. Das ist auch bei unseren drei Stellungnahmen nicht anders.



»Ja zu geschlechtersensibler Sprache, lesbar und verständlich. Künstliche Wortschöpfungen mit Sonderzeichen helfen nicht, im Gegenteil.«

Dr. Florian Herrmann (CSU), Leiter Bayerische Staatskanzlei, Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien

Bayern steht zur Gleichberechtigung der Geschlechter, ohne Wenn und Aber. Mit dem Verbot von künstlicher Gendersprache in Schriftform – *, Binnen-I, Gender-Gap – in Behördenkommunikation, an Schulen und Unis setzen wir ein Zeichen für **staatliche Neutralität** und für die **deutsche Rechtschreibung**. Amtliche Sprache muss **bürgerfreundlich** sein, leicht **verständlich** und **zugänglich für die breite Bevölkerung**. Unverständliche Sparschreibungen und Sonderzeichen sind künstlich, wirken künstlich – und grenzen diejenigen aus, die sie eben nicht verwenden wollen. Die Menschen in Bayern fühlen sich mehrheitlich mit der geltenden Rechtschreibung verstanden und wohl. Diesen Diskursraum wollen wir bewahren – ganz im Sinne der Liberalitas Bavariae.



»Empfehlungen als Ausgleich von Rechtschreibung und Gleichbehandlung sind für dieses emotionale Thema sachgerechter als Verbote.«

Dr. Matthias Knecht (parteilos), Oberbürgermeister von Ludwigsburg in Baden-Württemberg

In Ludwigsburg hat der Gemeinderat einen „Leitfaden zur barrierefreien und diskriminierungsfreien Kommunikation“ beschlossen. **Das Regelwerk ist eine Empfehlung**. Es soll der Belegschaft Orientierung und Hilfestellung geben im Schriftverkehr mit der Bürgerschaft und dem Gemeinderat. Die Mitarbeitenden hatten sich zuvor eine **einheitliche Linie** gewünscht. Zudem stellt ein **Urteil des Bundesverfassungsgerichts** fest, dass es mehr als zwei Geschlechter gibt. Wir sahen uns aufgefordert, dies in unserem Verwaltungshandeln pragmatisch widerzuspiegeln. Wir haben sehr um eine Lösung gerungen. Überall dort, wo eine neutrale Ansprache nicht möglich ist, kann im Ausnahmefall der Genderstern verwendet werden.



»Amtliche Rechtschreibung gilt im deutschen Sprachraum einheitlich für Schule und Verwaltung, lokale Sonderformen entsprechen dem nicht.«

Dr. Josef Lange, Staatssekretär a.D.; Vorsitzender des Rats für deutsche Rechtschreibung

Die amtliche deutsche Rechtschreibung gilt für Schule und Verwaltung. Der Rat für deutsche Rechtschreibung unterstützt ausdrücklich geschlechtergerechte Schreibung. Die in manchen Kommunen und Hochschulen praktizierte Schreibung mit Wortbinnenzeichen wie Asterisk, Doppelpunkt oder Unterstrich (*, :, _) erkennt aber, dass solche Zeichen nicht zum Kernbestand der deutschen Orthografie gehören. Auch geschlechtergerechte Schreibung muss die Kriterien **Korrektheit, Lesbarkeit, Vorlesbarkeit, Verständlichkeit, Rechtssicherheit und automatische Übersetzbarkeit** erfüllen. Lokale Sonderformen sind deshalb nicht nur für Länder mit mehreren Amtssprachen – Schweiz, Bozen-Südtirol, Ostbelgien – provinziell.



*In Lämpels Klass: da drängt sich's sehr, die Bänke voll, kein Platz mehr leer.
Die Kinder, ach, sie tun ihm leid, zu lernen fehlt's an Raum und Zeit.*

*„Ein jeder Keimling“, spricht er weise, „braucht seinen Raum, die eig'ne Reise.
Gebt Raum uns, Zeit und auch Verstand, dann wächst hier Wissen, Hand in Hand.“*

Wie kommen wir aus der Bildungskrise?

Deutschland ist das Land der Tüftler und Techniker. Doch mittlerweile können immer mehr der Schüler, die eigentlich bald mit ihren Ideen und Fertigkeiten das Land voranbringen sollen, weder richtig lesen, schreiben noch rechnen. Deutschland steckt in der Bildungskrise.

Verlernen die Deutschen das Rechnen? Schaut man sich die Ergebnisse der aktuellsten PISA-Studie an, liegt dieser Schluss nahe. Diese bescheinigt den 15-Jährigen mangelhafte Leistungen vor allem in Mathematik, dem Schwerpunkt der aktuellen Untersuchung. Die deutschen Schüler haben sich demnach auf das niedrigste Niveau seit Beginn der deutschen Erhebungen 2000 verschlechtert. Deutschland, Land der Techniker und Tüftler, rangiert im internationalen Vergleich nur noch im Mittelfeld. In allen drei Kompetenzbereichen, die PISA untersucht, erreichten die 15-Jährigen 2022 die niedrigsten Werte, die jemals im Rahmen von PISA für Deutschland gemessen wurden. Gegenüber der Vorgängerstudie PISA 2018 sind sie im Schnitt um fast ein ganzes Schuljahr zurückgefallen.

Probleme von Anfang an

Doch das Problem beginnt schon in der Grundschule: Die Bildungstrend-Umfrage des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB 2021) und die internationale Lesekompetenzstudie IGLU haben zuletzt gezeigt, dass ein zu hoher Anteil der Schüler am Ende der vierten Klasse nicht angemessen lesen, schreiben und rechnen können. In Mathematik konnten rund 22 Prozent

der Schüler einfachste Aufgaben nicht lösen. Von „alarmierenden Befunden“ vor allem an Grundschulen spricht ein Gutachten für die Kultusministerkonferenz. Jeder fünfte Viertklässler erreiche die Mindeststandards in Mathematik und Deutsch nicht.

Für Doris Lewalter, Leiterin der PISA-Studie in Deutschland, bestätigen die Ergebnisse der PISA-Studie einen Abwärtstrend in Deutschland, der sich in den vorherigen PISA-Studien bereits angedeutet habe. „Wir hatten einen weiteren deutlichen Abwärtstrend erwartet, jedoch nicht in diesem Ausmaß; denn es zeigte sich, dass die mittleren Kompetenzen 15-jähriger Schülerinnen und Schüler in Deutschland in allen drei Kernbereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen im Vergleich zu PISA 2018 stark gesunken sind.“ Zwar gebe es viele Staaten, in denen die Jugendlichen geringere Kompetenzen haben als noch 2018. „In Deutschland sind die Leistungseinbußen aber überdurchschnittlich groß.“ Die Schüler kämen in Mathematik und Lesen nicht mehr über das Durchschnittsniveau der OECD-Staaten hinaus.

„Es ist besorgniserregend, dass die Gruppen der leistungsschwachen Schülerinnen und Schüler in Deutschland im Vergleich zu PISA 2018 in allen drei Bereichen signifikant gewachsen sind.“

In Mathematik liegt ihr Anteil bei 30 Prozent, für Lesen bei 26 Prozent und für die naturwissenschaftlichen Kompetenzen bei 23 Prozent – eine Erhöhung um acht Prozentpunkte in Mathematik sowie um fünf Prozentpunkte in Lesekompetenz und drei in Naturwissenschaften. Im Vergleich zur Vorgängerstudie 2018 ist zudem der Anteil leistungsstarker Jugendlicher, die beispielsweise komplexe mathematische Probleme lösen können und in der Lesekompetenz sehr gut sind, signifikant kleiner geworden. Nur acht Prozent zählten beim Lesen und nur neun Prozent in Mathematik zu den Leistungsstarken. Zum Vergleich: Beim Spitzenreiter Singapur sind es 41 Prozent.

Viele Ursachen für ein Problem

Die Ursachen für das schlechte Abschneiden sind vielfältig. Ein Faktor: In Deutschland gibt es keine verpflichtend zu erfüllenden Mindestbildungsstandards für alle Schülerinnen und Schüler. Die Kultusministerkonferenz hat zwar 2003 Bildungsstandards entworfen und immer wieder erweitert. Durchgesetzt und flächendeckend kontrolliert werden diese aber nicht. Die PISA-Forscher haben unter anderem die Umbrüche der vergangenen Jahre als Ursache für das Absacken ausgemacht. Einer davon ist die Coronakrise, in der Schulen auf Distanzunterricht umgestellt haben. „Die deutschen Schulen waren nicht gut auf den Distanzunterricht vorbereitet. Aber das erklärt nur einen Teil der Abnahmen“, sagt Doris Lewalter.

Ein weiterer Faktor ist für die Forscher der Anstieg des Anteils an Schülerinnen und Schülern mit Zuwanderungshintergrund. „Das betrifft unter anderem auch die Bildungssprache Deutsch als Grundvoraussetzung für das Lernen“, sagt Lewalter. Deutschland hat viele Zuwanderer aufgenommen, mehr als andere Länder. Das wurde auch in der PISA-Studie deutlich: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungshintergrund hat sich innerhalb von zehn Jahren von 26 Prozent (2012) auf 39 Prozent (2022) erhöht. Dass das Auswirkungen hat, zeigt eine andere Untersuchung. Laut MINT-Nachwuchsbarometer 2024 der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften und der Joachim Herz Stiftung haben 15-Jährige mit Migrationshintergrund beispielsweise in Mathematik einen Kompetenzrückstand von gut 1,5 Schuljahren zu denjenigen ohne Migrationshintergrund.

Das bestätigt auch PISA. In Mathematik haben Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt einen Leistungsvorsprung von 59 Punkten gegenüber solchen mit Migrationshintergrund, in der Lesekompetenz sind es 67 Punkte. Bei einer Durchschnittspunktzahl pro

Schüler von zum Beispiel in Mathe 475 Punkten ist das ein signifikanter Unterschied. Das Fazit der Forscher: „Es ist offensichtlich, dass die Integration der Jugendlichen der ersten Generation in das deutsche Bildungssystem nicht gelingt.“

Für Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, sind die gestiegenen Anforderungen an Schulen zum Beispiel durch geflüchtete Kinder aus der Ukraine zumindest ein gewichtiger Faktor. „Aber Gesellschaft und Politik lassen Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer damit weitgehend alleine. Weder werden in ausreichendem Maße zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt, noch bleibt dem Lehrpersonal die Zeit, sich in der notwendigen Intensität mit den neuen Anforderungen zu beschäftigen. Und schulische Integrationshelfer drohen zur Seltenheit zu werden.“

Grundrecht auf Bildung in Gefahr

Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 das Grundrecht auf schulische Bildung allgemein anerkannt (1 BvR 971/21, 1 BvR 1069/21). Das Recht vermittelt Kindern und Jugendlichen unter anderem „einen Anspruch auf Einhaltung eines für ihre chancengleiche Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten unverzichtbaren Mindeststandards von Bildungsangeboten“. Doch leider ist Bildungsungleichheit in Deutschland allgegenwärtig, sagt Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik. „Die Bildungschancen von sozioökonomisch begünstigten und benachteiligten Kindern klaffen weit auseinander.“ Und das ist nur zum Teil auf Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte zurückzuführen. Beispielsweise liege die Wahrscheinlichkeit, ein Gymnasium zu besuchen, nur bei 21,5 Prozent, wenn ein Kind mit einem alleinerziehenden Elternteil ohne Abitur aus dem untersten Viertel der Haushaltseinkommen mit Migrationshintergrund aufwächst. Im Gegensatz dazu liege sie bei rund 80 Prozent, wenn das Kind mit



»Wir hatten einen deutlichen Abwärtstrend erwartet, jedoch nicht in diesem Ausmaß.«

Prof. Dr. Doris Lewalter, Leiterin National Center PISA



Es bröckelt arg das Dach, die Wände,
 die Notdurft ist zuvorderst Not.
 Des Lernens Lust hat schnell ein Ende,
 wenn die Wand zu wackeln droht.

zwei Elternteilen mit Abitur aus dem obersten Einkommensviertel ohne Migrationshintergrund aufwächst.

Auch die PISA-Studie zeigte: Der Leistungsvorsprung der sozioökonomisch begünstigten Jugendlichen zu den benachteiligten lag deutlich höher als im OECD-Durchschnitt. Ein Hinweis, wie unterschiedliche Startchancen im Elternhaus entstehen, zeigt eine Umfrage der Bundeszentrale für politische Bildung aus dem Jahr 2022. Demnach ermutigen 33 Prozent der Eltern mit niedrigem sozialen Status ihre 10- bis 16-jährigen Kinder zum Lesen. Bei Eltern mit hohem sozialen Status sind es mit 68 Prozent mehr als doppelt so viele.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass das nicht nur Corona und Chancengleichheit für das Desaster verantwortlich gemacht werden kön-

nen. Schließlich waren die PISA-Ergebnisse schon vor dem Flüchtlingsherbst 2015 und dem Ausbruch der Pandemie 2020 schlecht. Das muss an Versäumnissen in der Bildungspolitik liegen. Doris Lewalter sieht Anzeichen dafür, „dass der Unterricht heute die Jugendlichen weniger gut erreicht und an ihre Lebenswelten anknüpft“. Die PISA-Studien zeigten, dass die Jugendlichen in den letzten Jahren weniger Freude und Interesse an Mathematik und Lesen haben als die Jugendlichen noch vor 10 bis 15 Jahren. Zusätzlich habe die „mathematikbezogene Ängstlichkeit signifikant zugenommen“. Die Lernenden erkennen heute deutlich weniger den Wert der Mathematik für Beruf und Lebensweg. Forscher unter anderem der TU München weisen in einer PISA-Analyse zur motivational-emotionalen

Orientierung der Jugendlichen darauf hin, dass diese immer weniger das Gefühl hätten, sich aus eigenem Zutun in Mathematik verbessern zu können. Auch deshalb würden außerschulische Lernangebote in diesem Bereich wenig genutzt. So verlassen sich die Jugendlichen auf eine Schule, die es offenbar nicht schafft, Selbstwirksamkeit und Motivation zu vermitteln.

Lehrerberuf wenig attraktiv

Doch nicht nur Schüler, sondern auch Lehrer fühlen sich an den Schulen teilweise nicht mehr wohl. Zu viele Schüler für zu wenig Lehrer. Zu wenig Zeit, um individuell auf die Lernenden einzugehen. Unterricht fällt aus. Das Kursangebot wird kleiner. Das alles bringt nicht nur schlechte Voraussetzungen gerade für schwache Schüler, sondern bedeutet auch Stress für die

Geschichte deutscher Bildungsreformen

Von der Einführung der Schulpflicht bis zum heutigen Schulsystem – Deutschlands Bildungsphilosophie ist im ständigen Umbruch.

Ein Überblick über 300 Jahre Bildungspolitik



18. Jh.

Einführung der allgemeinen Schulpflicht: Im 18. Jahrhundert führten die **preußischen Könige** mit dem Generaledikt 1717 und erneut mit dem Generallandschulreglement 1763 stufenweise die allgemeine Schulpflicht ein. Anfangs wurde dabei aber noch stark Rücksicht auf die alltägliche Arbeit der Kinder auf Feldern und in Fabriken genommen.



1810

Humboldtsche Bildungsreform 1810: Die Reform, die auf den Gelehrten **Wilhelm von Humboldt** zurückgeht, stellte das humanistische Gymnasium in den Mittelpunkt. Eine rein idealistische Erziehung sollte als grundlegende Bildung vermittelt werden – ganz unabhängig davon, ob das Wissen im konkreten späteren Beruf eingesetzt werden würde. Das wegweisende Dokument war der **Königsberger Schulplan von 1809**.



19. Jh.

Entstehung des dreigliedrigen Schulsystems: Bis ins 19. Jh. war das Schulsystem nach Altersklassen gegliedert. Alle Schüler besuchten die gleiche Schule und schlossen sie in den meisten Fällen aber vor dem Abitur ab. Langsam bildete sich ein dreigliedriges Schulwesen mit **Volkschule, Realschule und Gymnasium**. Wichtige Wegmarken dafür waren das Abiturientenreglement 1834 und die Lehrplanreform 1837.

Lehrer und macht den Beruf unattraktiv. Schon heute können einige Bundesländer offene Stellen nicht mehr besetzen. Oft müssen Seiteneinsteiger die Lücken füllen. Laut einem Statista-Report erfolgte im Jahr 2022 bereits jede zweite Einstellung mit Personen, die keine formale Ausbildung für das Lehramt haben. 76.000 Lehrkräfte werden im Schuljahr 2035/36 an deutschen Schulen fehlen, prognostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft. 2025/26 werden es schon 35.000 sein. Hinzu kommt: Statt sich auf die Wissensvermittlung zu konzentrieren, bekommen die Schulen immer neue Aufgaben wie Inklusion oder viel Bürokratie etwa.

Und als wäre das noch nicht alarmierend genug, lässt auch die Ausstattung der Schulen vielerorts zu wünschen übrig. Laut einer Umfrage

des Digitalverbandes Bitkom e.V. bewertet die Hälfte der Eltern den Zustand der Digitalisierung an den Schulen mit „ausreichend“ oder „mangelhaft“. 15 Prozent vergeben sogar ein „ungenügend“. Drei Viertel der Eltern wünschen sich Informatik als Pflichtfach zur Vorbereitung auf den modernen Berufsalltag. Guter Informatik-Unterricht bräuchte entsprechende digitale Ausstattung. Laut einer Umfrage der Deutschen Telekom Stiftung nutzen 73 Prozent der Lehrkräfte in Deutschland mindestens einmal pro Woche digitale Medien im Unterricht. Das klingt erst einmal viel, heißt aber auch: Fast ein Drittel tut dies nicht. An rund jeder dritten Schule fehlt ein entsprechendes Medienkonzept.

Was den baulichen Zustand angeht, gehören Schimmel an den Wän-

den, undichte Dächer oder kaputte Toiletten in vielen Schulen schon fast zur Normalität. Obwohl schon heute der größte Teil der kommunalen Investitionsplanungen auf die Schulen entfällt, ist der wahrgenommene Investitionsrückstand der Kommunen enorm. Laut KfW Kommunalpanel 2023 liegt er bei 47,44 Milliarden Euro und ist somit weiter angestiegen im Vergleich zum Vorjahr. Bezogen auf den kompletten Investitionsrückstand, entfällt damit fast ein Drittel (28,6 Prozent) allein auf die Schulen. Hinzu kommt: Schulträger der staatlichen Schulen sind im Normalfall Städte, Gemeinde und Landkreise. Wie gut die Lernbedingungen in den einzelnen Gebäuden sind, hängt also auch davon ab, ob die Schule in einer wohlhabenden Kommune steht. ▶



20. Jh.

Reformpädagogik
Anfang des 20. Jahrhunderts: Unter der Bezeichnung Reformpädagogik werden verschiedene Ansätze zur Reform von Schule, Unterricht und allgemeiner Erziehung zusammengefasst. Sie richteten sich Anfang des 20. Jahrhunderts gegen die wilhelminischen Paukschulen und ihren Autoritarismus. Stattdessen setzen Reformpädagogen auf **Selbsttätigkeit oder Erlebnispädagogik**.



60er/70er

Bundesdeutsche Bildungsreform der 1960er/70er: Nach 1945 machte nicht einmal jeder zehnte Schüler in der BRD Abitur. Der Großteil der Bevölkerung besaß nur Volksschulbildung. Insbesondere **Georg Picht**s Buch „**Die deutsche Bildungskatastrophe**“ von 1964 schob eine politische Diskussion zu diesem Thema an. Folge waren unter anderem die Reform der unteren Schulformen und Vereinheitlichung der Schulsysteme der Bundesländer, der Hochschulausbau als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die Einführung einer allgemeinen Förderung durch das Bundesausbildungsförderungsgesetz 1971 ermöglichte breiteren Bevölkerungsschichten den Zugang zu Hochschulen. Weitere Reformen betrafen die Berufsausbildung im Berufsbildungsgesetz 1969, die Verwissenschaftlichung des Schulunterrichts und die Oberstufenreform



1965

Sozialistische Bildungsreform der DDR: Die Entwicklung des Bildungssystems der DDR vollzog sich in zwei Reformschüben 1949 und mit der Bildungsreform von 1965 im „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“. Im Zentrum stand die ideologische Ausrichtung des gesamten Schul- und Hochschulwesens auf die sozialistische Ideologie.



ab 1990

Reformen zur zweigliedrigen Sekundarstufe ab 1990: Nach der Wende führten unter anderem die neuen Bundesländer Sachsen und Thüringen eine zweigliedrige Sekundarstufe ein. Mittlerweile ist das Zwei-Säulen-Modell fast in allen Bundesländern eingeführt worden. Dabei besuchen Schüler nach der Grundschule entweder das Gymnasium oder eine andere Schulform mit der Möglichkeit mittlere Reife, Berufsreife oder – je nach Bundesland und Leistung – auch das Abitur zu machen.



Ist der Lämpel gut als Lehrer,
 sind die Mittel reichlich da?
 Um dies zu wissen, muss man messen,
 wie's bei ihm und wie's bei anderen ist.
 Also lautet der Beschluss,
 dass man Mindestbildungsstandards haben muss.

25 Punkte weniger kosten 14 Billionen Euro

Die oft mangelhaften Grundkompetenzen der Schüler haben auch Auswirkungen auf die Unternehmen. Deutschland kann sich gerade den Verlust an Zahlenkompetenz nicht leisten. Schon jetzt fehlen laut Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft bundesweit mehr als 280.000 Fachkräfte in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, den sogenannten MINT-Berufen. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den Ruhestand, die nachfolgenden Generationen sind kleiner.

Der Münchner Bildungsökonom Ludger Wößmann hat sich damit beschäftigt, welchen Schaden die mangelhafte Bildung der künftigen Arbeitskräfte langfristig anrichten kann. Ihm zufolge habe die „Wirtschaftsforschung gezeigt, dass die Kompetenzen der Menschen – die wir aufsummiert gerne als ‚Wissenskapital‘ der Nationen bezeichnen – ein entscheidender Faktor für das langfristige Wachstum von Volkswirtschaften sind. So können Unterschiede in den Bildungsleistungen der Bevölkerung über drei Viertel der internationalen Unterschiede im langfristigen Wirtschaftswachstum erklären.“

Im Umkehrschluss heiße das, „dass unzureichende Bildungsleistungen unsere Gesellschaft teuer zu stehen kommen – sehr viel teurer als zahlreiche kurzfristige Krisen“. Für Deutschland prognostiziert Wößmann langfristig einen enormen wirtschaftlichen Schaden durch die Bildungsmisere: „Gute Bildung ist die wichtigste Basis für unseren Wohlstand. Langfristig kostet ein Rückgang von 25 PISA-Punkten, wie wir ihn seit der letzten PISA-Studie in Mathematik gesehen haben, Deutschland rund 14 Billionen Euro an entgangener Wirtschaftsleistung.“

Geringe Kompetenzen – weniger Einkommen

Nicht nur für die Gesellschaft als Ganzes, auch für die Jugendlichen selbst bedeuteten fehlende Kompetenzen geringeren Wohlstand. „Die Kompetenzen, die üblicherweise im Rahmen eines Schuljahres erworben werden, gehen grob gerechnet mit rund acht bis zehn Prozent höheren Erwerbseinkommen über das gesamte Berufsleben einher. Nicht erlernte Kompetenzen bedeuten entsprechend geringeres Einkommen.“

Auch die Chance, überhaupt eine sichere Beschäftigung zu finden, hänge laut Wößmann entscheidend von der Bildung ab: Die Arbeitslosenquote am deutschen Arbeitsmarkt betrage aktuell zwei Prozent für Menschen mit Hochschulabschluss, drei Prozent für Menschen mit berufsqualifizierendem Abschluss – und 20 Prozent für Menschen ohne berufsqualifizierenden Abschluss. „Daher ist es so beunruhigend, dass

mehr als jeder sechste junge Mensch zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss geschafft hat. Die neuen PISA-Daten lassen befürchten, dass in Zukunft noch mehr junge Menschen nicht ausbildungsreif sein werden. Denn gerade die Grundkompetenzen – Rechnen, Schreiben, Lesen – sind die Basis dafür, dass der Übertritt von der Schule in die Ausbildung erfolgreich gelingt.“

PISA-Studienleiterin Doris Lewalter macht vor allem der wachsende Anteil an leistungsschwachen Schülern Sorge. „Mit hoher Wahrscheinlichkeit sind sie ohne zusätzliche Förderung weder den Anforderungen weiterführender Schulen noch denen der beruflichen Ausbildung gewachsen.“

Thomas Leubner beobachtet als Leiter der Aus- und Weiterbildung bei Siemens bereits seit zehn Jahren „eine deutlich größere Spreizung der Vorkenntnisse und Leistungsfähigkeit der Lernenden“. Er sieht gerade im Verlust der MINT-Kompetenzen eine Gefahr: „Die deutsche Wirtschaft bezieht ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit vor allem aus der Fähigkeit, innovative, nachhaltige und qualitativ herausragende Produkte auf dem Weltmarkt zu platzieren.“ Dazu gehöre auch die Fähigkeit, die industrielle Produktion so auszurichten, dass die Produktivität der deutschen Unternehmen Benchmark im weltweiten Vergleich sei. „Dies ist nur mit bestens ausgebildeten und in den Zukunftskompetenzen, wie zum Beispiel in Digitalisierung oder Green Skills, im internationalen Vergleich führenden Mitarbeitern möglich. Alle diese Fähigkeiten bedürfen einer soliden Basis an MINT-Kompetenzen. Fehlt diese Basis, so ist auch die Stellung der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb nicht zu verteidigen oder gar auszubauen.“ Der sich verschärfende Fachkräftemangel führt bereits heute zu jährlichen Belastungen der deutschen Wirtschaft in vielfacher Milliardenhöhe. ▶



»Gesellschaft und Politik lassen Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer mit den Anforderungen weitgehend alleine.«

Dr. Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Auch Hans-Jürgen Urban von der IG Metall beobachtet Veränderungen am Ausbildungsmarkt: „Unternehmen können aus der geringer werden – den Zahl von Bewerbungen nicht mehr so stark auswählen wie etwa vor 20 Jahren.“ Es brauche Flexibilität. Für Leubner hat das für die Unternehmen unmittelbare Konsequenzen: Zum einen falle es zunehmend schwer, für die anspruchsvollen Ausbildungsberufe und dualen Studiengänge geeignete Kandidaten zu finden. „Zum anderen wachsen die Aufwände der Unternehmen, um die neuen Klassen auf ein gemeinsames Kompetenzniveau zu bringen.“ Siemens investiere beispielsweise in Lernprozessbegleitung, kleinere Lerngruppen, gezielte individuelle Nachhilfe oder auch zusätzliche digitale Lernangebote und Lernplattformen. So müssen Unternehmen vielerorts die Aufgaben übernehmen, die Schulen aktuell nicht leisten können: individuell auf die Lernenden eingehen. „Diese zusätzlichen Angebote und Aufwände sind für mittelständische Betriebe kaum zu erbringen beziehungsweise stellen eine erhebliche Belastung dar“, so Leubner.

Es braucht Mindestbildungsstandards

Die deutsche Bildungslandschaft hat also viele Baustellen, die schnellstens fertiggestellt werden sollten. Für Bildungsökonom Ludger Wößmann ist klar: „Wir brauchen einen neuen PISA-Schock. Als Gesellschaft müssen wir einen vollen Fokus auf die Lernergebnisse legen und sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen die benötigten Basiskompetenzen vermittelt bekommen. Die ersten zehn Jahre nach dem ersten PISA-Schock haben gezeigt, dass stetige und deutliche Verbesserungen möglich sind. Die Verbesserung der schulischen Ergebnisse muss in Politik, Bildungsverwaltung, Schulen und Familien oberste Priorität haben.“ Auch PISA-Leiterin Doris Lewalter stellt fest, dass „viele Förderprogramme, mit denen die Kompetenzen von Jugendlichen noch in den 2000er-Jahren gesteigert werden konnten“, auslaufen sind.

Die Lösung könnte die Einführung von verbindlichen und regelmäßig überprüften Mindestbildungsstandards sein – und zwar über die vorhandenen Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz hinaus. Alle fünf Jahre findet zwar ein IQB-Test statt, der Auskunft über den aktuellen Wissensstand der Schüler gibt, aber die Schulen bekommen ihre konkreten Ergebnisse nicht. So fehlt eine Orientierung für die Schulen durch individuelle Ergebnisse aus Lernstandserhebungen, die in kurzen Abständen stattfinden und anhand derer die Schulen in die Pflicht genommen werden. Da setzt auch ifo-Experte Ludger Wößmann an: „Ein wichtiger Aspekt der Konzen-



»Unzureichende Bildungsleistungen werden unsere Gesellschaft teuer zu stehen kommen – sehr viel teurer als zahlreiche kurzfristige Krisen.«

Ludger Wößmann, Leiter des ifo Zentrums für Bildungsökonomik

tration auf Lernleistungen besteht darin, die Bildungsqualität durch jährliche deutschlandweite Tests zu sichern. Einheitliche Zwischen- und Abschlussprüfungen würden die Schülerleistungen in allen Bundesländern transparent machen und die Möglichkeit bieten, dort anzusetzen, wo am meisten Handlungsbedarf besteht.“ Er plädiert für gemeinsame Prüfungen in allen Schulabschlüssen und in früheren Jahrgangsstufen, um das Erreichen der Lernziele verbindlich zu messen. Auch Thomas Leubner vermisst aktuell objektive Transparenz über die Qualität der Schulen und Maßnahmenprogramme in jedem Bundesland zur Verbesserung der Bildung. Ehrliche Ergebnisse für jede Schule würde auch eine zielgerichtete und individuelle Unterstützung möglich machen.

Wenn es darum geht, die Qualität einer Schule zu verbessern, gibt es Vorbilder wie die Rütli-Schule in Berlin-Neukölln. 2006 beklagten Lehrer der ehemaligen Hauptschule in einem „Brandbrief“ Gewalt und Beleidigungen im Schulalltag. Seitdem ist viel passiert: Die Hauptschule fusionierte mit einer Realschule und einer Grundschule zur „Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli“. Hier können Schüler nun auch das Abitur machen. Rund um die Schule ist eine Bildungslandschaft entstanden, in der Kitas, Schulen und Jugendclubs eng zusammenarbeiten. Die Idee: Kinder so früh wie möglich und auch in der Freizeit erreichen, auf ihre Bildungsbiografie eingehen und so auch Kindern aus sozial benachteiligten Familien einen erfolgreichen Bildungsweg ermöglichen. Heute sind die Plätze auf dem Rütli-Campus übernachgefragt, obwohl dieser nach wie vor im sozialen Brennpunkt liegt.

Neue Wege gehen

Für Hans-Jürgen Urban von der IG Metall zeigt das Beispiel Rütli: „Neue Wege sind gangbar und erfolgreich.“ Er fordert eine Schulreform. „Das bedeutet mehr gemeinsame Zeit zum Lernen und weniger Selektion, mehr exploratives Lernen und weniger Unterrichtsschablonen, mehr individuelles Tempo und weniger Leistungsdruck und Versagensängste.“ Bildungserfolge hängen auch am Bildungsumfeld. Das Thema Ganztagsbetreuung dürfe nicht mit der Grundschule aufhören.

Doris Lewalter bestätigt: „Unterricht muss sich ständig weiterentwickeln, so wie sich auch die Lebensrealitäten der Jugendlichen ständig verändern. Diese Realitäten sollten die Schülerinnen und Schüler beim Lernen wiederfinden.“

Außerdem müsse sichergestellt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen die deutsche Sprache beherrschen. „Vom Vorschulalter bis zum Sekundarbereich sollte die Sprach- und Lesekompetenz systematisch diagnostiziert und gefördert werden. Und wir empfehlen, diejenigen Schulen, die viele Kinder und Jugendliche aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und mit Zuwanderungshintergrund unterrichten, mit Ressourcen auszustatten, die auch wirklich ihrem Bedarf entsprechen.“ An den Brennpunktschulen setzt auch das Startchancen-Programm des Bundesbildungsministeriums an. Bund und Länder investieren zu gleichen Teilen in den nächsten zehn Jahren pro Jahr zwei Milliarden Euro in etwa 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Die Schulen bekommen dafür moderne Ausstattung, ein eigenes Budget zur Selbstverwaltung, mehr Geld für zusätzliches Personal wie Sozialpädagogen und Sozialarbeiter – so entstehen multiprofessionelle Teams, die individuell auf die Kinder eingehen können.

Viele Baustellen in der Bildungspolitik

Hamburg ist den Weg, gezielt Brennpunktschulen zu unterstützen, bereits gegangen. Bildungssenator a. D. Ties Rabe hat die Schullandschaft Hamburgs nach dem PISA-Schock Anfang der 2000er-Jahre zum bildungspolitischen Vorbild gewandelt, wie er im Interview ab Seite 18 erzählt. Viel beachtet ist vor allem das Hamburger Sprachförderkonzept. Dabei werden Kinder im Alter von viereinhalb Jahren auf ihre sprachlichen Fähigkeiten hin getestet. Auf dieser Grundlage wird entschieden, ob sie gezielt gefördert werden müssen – bis hin zur Vorschulpflicht. Kein anderes Bundesland hat sich in den letzten Jahren im IQB-Bildungstrend so stark verbessert wie Hamburg: Seit 2011 ging es im Vergleich aller Bundesländer in Deutsch und Englisch von durchschnittlich Platz 11 auf Platz 4.

Das passt auch zu den Forderungen von Thomas Leubner. Er nennt neben der stärkeren Förderung von Spracherwerb in der Vorschule und umfassenderen Ganztagsangeboten auch die Intensivierung der MINT-Bildung an allen allgemeinbildenden Schulen von Anfang an und die Stärkung der Berufsorientierung, insbesondere an den Gymnasien, in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft. Letzteres ist auch Gewerkschafter Hans-Jürgen Urban ein Anliegen. „Wichtig ist bei der Berufsorientierung, dass mehr unterstützende Strukturen in der Fläche bereitgehalten werden. Eine systematische Bündelung der regionalen Kräfte unter dem Dach einer Jugendberufsagentur, die eine aufsuchende Berufsberatung ermöglicht, hilft allen: den Schülerinnen und Schülern sowie den Betrieben.“ Doris Lewalter sieht noch einen weiteren Punkt: „Der gezielte lernförderliche Einsatz digitaler Medien im Unterricht ist eine weitere Baustelle, die es anzugehen gilt.“ Lewalter sieht große Herausforderungen für das Bildungssystem. „Insgesamt besteht weiterhin hoher Handlungsbedarf für das deutsche Schulsystem, damit auch leistungsschwache Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Schulzeit über diejenigen Kompetenzen verfügen, welche sie für einen gelungenen Übergang in das Berufsleben benötigen – und dies unabhängig von ihrer sozialen oder zuwanderungsbezogenen Herkunft.“ Urban empfiehlt, „die PISA-Studie als gesellschaftspolitischen Weckruf zu verstehen: Endlich raus aus den Sonntagsreden und rein in eine systematische Bildungsreform hin zu mehr Spielräumen sowie finanziellen und personellen Ressourcen für die Schulen. Die Schulen haben weder die Freiheiten noch die finanziellen und personellen Mittel, um situativ auf ihre Herausforderungen zu reagieren.“



»Fehlt die Basis an MINT-Kompetenzen, ist auch die Stellung der deutschen Wirtschaft im globalen Wettbewerb nicht zu verteidigen oder auszubauen.«

Thomas Leubner, Leiter „Professional Education“ bei Siemens



»Wir müssen die Schulen besser machen, damit sie die Lernprobleme, die zu einem großen Teil in den Elternhäusern entstanden sind, überwinden können.«

Ties Rabe (SDP), ehemaliger Bildungssekretar in Hamburg, über Bildungsstandards

»Bildungsstandards abzusenken wäre fatal«

Um Schulen wieder aus dem PISA-Tief zu holen, müsse Bildungspolitik auch unpopuläre Maßnahmen ergreifen, sagt der frühere Hamburger Bildungssenator **TIES RABE** (SPD). Um den Turnaround zu schaffen, hält er vier Punkte für besonders wichtig.

Herr Rabe, warum haben Schüler in Deutschland bei der jüngsten PISA-Studie so schlecht abgeschnitten?

Ties Rabe: Der Leistungsrückgang betrifft nicht nur Deutschland, sondern sehr viele westeuropäische Länder. Finnland, Frankreich, Norwegen, Schweden – alle sind deutlich schlechter geworden. Die Gründe sind klar: Einerseits haben die Kinder während der Schulschließungen in der Corona-Krise kaum gelernt, andererseits gibt es tiefgreifende soziale Veränderung der Schülerschaft. Immer mehr Kinder kommen aus bildungsfernen Familien. Geschätzt liegt deren Anteil heute bei 40 Prozent. Vor zehn Jahren waren es noch 25 Prozent.

Nach dem ersten PISA-Schock hat die Kultusministerkonferenz 2004 bundesweit geltende Bildungsstandards entwickelt. Was sind sie noch wert, wenn 25 bis 30 Prozent der Schüler nicht einmal die Mindeststandards erreichen?

Rabe: Es ist richtig, solche Standards festzulegen, damit alle ein klares Ziel vor Augen haben und nicht einzelne Bundesländer freihändig andere Ziele ausgeben.

Sollte man die Bildungsstandards absenken?

Rabe: Auf keinen Fall. Wir sind eine hochtechnisierte Industriegesellschaft mit hohen Ansprüchen in der Berufswelt und mit hohen Ansprüchen an das gesellschaftliche Zusammenleben. Standards abzusenken wäre fatal. Wir müssen vielmehr die Schulen besser machen, damit sie die Lernprobleme, die zu einem großen Teil in den Elternhäusern entstanden sind, überwinden können.

Wo sind die Hebel, um Schule besser zu machen?

Vita

Ties Rabe war bis Januar 2024 Schulsenator in Hamburg. Fast 13 Jahre hat der frühere Lehrer für Deutsch, Geschichte und Religion die Bildungspolitik der Hansestadt bestimmt und war damit bei seinem gesundheitsbedingten Rücktritt der dienstälteste Kultusminister in Deutschland. Unter seiner Führung haben sich die Hamburger Schulen von einem der letzten Plätze im Leistungsvergleich der Länder zu einem Muster-schüler entwickelt. Gelungen ist ihm das vor allem durch eine datengestützte Schulentwicklung und dem Ausbau von Ganztagschulen.

Rabe: Vier Punkte halte ich für besonders wichtig:

Erstens: Wenn Kinder zu Hause zu wenig Rückenwind bekommen, weil die Eltern beispielsweise kaum Deutsch sprechen, muss die Schule mehr tun. Dafür braucht die Schule mehr Zeit. Wir können zum Beispiel die Betreuungszeit am Nachmittag stärker zum Lernen nutzen oder mit guter Bildung bereits in der Kindertagesstätte beginnen. Etwas mehr Unterricht in der Grundschule würde ebenfalls helfen. Hier gibt es noch Luft nach oben.

Zweitens: Wir müssen Kinder mit besonderen Lernproblemen gezielt zusätzlich fördern. Dazu gehören zusätzliche Sprachfördermaßnahmen oder Nachhilfe- und Förderkurse an der Schule. In Hamburg hat sich das sehr bewährt. Zudem müssen wir die Ressourcen anders verteilen. Schulen in sozialen Brennpunkten brauchen mehr Lehrkräfte, um Kinder mit Lernproblemen besser zu unterstützen.

Drittens: Wer schlecht lesen oder rechnen kann, kann auch in allen anderen Schulfächern kaum lernen. Wir müssen deshalb die sprachlichen und mathematischen Basiskompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen stärker in den Mittelpunkt stellen. Angesichts der vielen Anforderungen, vor denen Schulen heute stehen, ist dieses „Kerngeschäft der Schule“ ein bisschen unter die Räder gekommen.

Viertens: Wir müssen den Unterricht verbessern und erfolgreicher machen. Dazu gehört die Frage, ob wir im Unterricht weiterhin eine so große Methodenvielfalt zulassen wie bisher oder ob es nicht an der Zeit ist, Lehrerinnen und Lehrern klarere Empfehlungen zu geben. Die Politik hat sich hier weitgehend zurückgezogen. Dabei wissen wir aus der Wissenschaft, welche Methoden gut funktionieren. Ich empfehle deshalb klarere Vorgaben für den Unterricht. ▶

**»Viele Auszubildende scheitern
nicht an der Berufspraxis, sondern
an den sprachlichen Anforderungen
der Abschlussprüfungen.«**

Ties Rabe hält es für angebracht, darüber nachzudenken, ob die Deutschkenntnisse in allen Berufen so umfangreich sein müssen.



Eine Nachfrage dazu: Was heißt mehr Lernzeit? Heben Sie da auf den Ganztag ab?

Rabe: Auch, aber nicht nur. Immer mehr Familien wünschen sich eine Betreuung ihrer Kinder bis 16 Uhr. In Hamburg nehmen 88 Prozent aller Kinder freiwillig am Ganztag teil. Das ist eine große Chance, denn der Ganztag bietet Zeit für zusätzliche Förderung. Leider herrscht in Deutschland in vielen Schulen und Verbänden die Auffassung, der Nachmittag müsse für Sport und Spiel frei bleiben. Wer so argumentiert, der übersieht, dass nur jeder zweite Tag eines Jahres ein Schultag ist. Die andere Hälfte sind Ferien, Wochenenden oder Feiertage. Und wer ganz genau nachrechnet, stellt fest, dass Grundschüler in Deutschland nur ein Sechstel ihrer wachen Zeit im Unterricht verbringen. Wenn die Familien immer weniger helfen können, wird so wenig Unterricht- und Lernzeit nicht ausreichen.

Bringt das Startchancen-Programm, über das perspektivisch Schüler an 4.000 Schulen in schwieriger Lage gefördert werden sollen, die Wende?

Rabe: Es ist ein guter Beginn. Aber eine echte Wende braucht mehr. Das Startchancen-Programm verbessert das Schulsystem finanziell um 1,1 Prozent. Und davon fließen auch noch 40 Prozent in den Schulbau, stehen also nicht für die pädagogische Förderung zur Verfügung. Das ist bestenfalls ein Anfang. Das Programm kann allerdings als Katalysator für bestimmte Maßnahmen durchaus etwas bewirken, wenn die Länder weitere ähnliche Maßnahmen ergänzen.

Die 15-Jährigen, die bei PISA zuletzt so schlecht abgeschnitten haben, werden vom Startchancen-Programm nicht mehr profitieren. Was passiert mit diesen Jugendlichen?

Rabe: Je jünger die Kinder sind, desto mehr Möglichkeiten gibt es, schwierige Entwicklungen zu verhindern. In der neunten Klasse ist es deutlich schwieriger, eine solche Wirkung zu erzielen.

Aber wir können diese Jugendlichen doch nicht für verloren erklären?

Rabe: Zum PISA-Testzeitpunkt sind viele Jugendlichen nur noch ein halbes oder anderthalb Jahre in der Schule, je nachdem, ob sie Haupt- oder Realschulabschluss machen. Da hat die allgemeinbildende Schule nicht mehr viele Fördermöglichkeiten. Deshalb müssen wir vor allem in den Berufsschulen mit ergänzenden Angeboten und einer besseren Förderung den jungen Menschen helfen. In Absprache mit den Unternehmen ist das auch im Rahmen einer dualen Ausbildung möglich.

PISA-Studie

PISA steht für „Programme for International Student Assessment“. Die Studie wird durchgeführt von der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und ist ein Vergleich von Schülern auf der ganzen Welt.

Dafür werden seit 1999 regelmäßig die Fähigkeiten von 15-Jährigen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Lesen getestet. Die deutschen Schüler waren in der aktuellsten Studie in allen Bereichen auf die niedrigsten Werte abgefallen, die hierzulande je gemessen wurden.

Gelingt es den Jugendlichen dort besser, die fehlenden Kompetenzen zu erlangen?

Rabe: In Hamburg haben wir an den Berufsschulen viele Sprach- und Lernförderangebote entwickelt – auch wegen der hohen Zahl an Geflüchteten, die in der Regel einen großen Sprachförderbedarf haben. Das funktioniert gut, aber hier brauchen wir auch die Unterstützung der Sozialpartner und der Wirtschaft. Denn ergänzende Deutschkurse in der Berufsausbildung führen in der Regel dazu, dass die jungen Menschen länger in der Schule sind und weniger Zeit im Betrieb verbringen können. Das gefällt nicht jedem Unternehmen. Wir müssen aber auch klären, ob die Deutschkenntnisse in allen Berufen wirklich so umfangreich und detailliert sein müssen. Viele Auszubildende scheitern nicht an der Berufspraxis, sondern an den sprachlichen Anforderungen der Abschlussprüfungen. Natürlich müssen die Sprachkenntnisse in Deutsch besser werden, aber genauso wichtig ist es, dass junge Menschen eine ordentliche Ausbildung machen und in einen Beruf kommen, in dem sie dann vielleicht auch die Chance haben, durch die tägliche Arbeit in der Firma ihre Sprachpraxis weiter zu verbessern.


Die Berufsschulen sind vielerorts in keinem guten Zustand. Sind sie überfordert mit der Förderung der PISA-Verlierer?

Rabe: Der Zustand der Berufsschulen ist auch eine Frage der politischen Schwerpunktsetzung. In Hamburg haben wir gezielt die Berufsschulen verbessert, die Schulen modernisiert, die Angebote effizienter und erfolgreicher gemacht. Natürlich müssen sich auch die Berufsschulen auf höhere Anforderungen einstellen, aber höhere Anforderungen dürfen wir nicht automatisch mit Überforderung gleichsetzen. Richtig ist aber, dass die Ressourcen sehr unterschiedlich auf die Schulformen verteilt sind und die Berufsschulen oft übersehen werden. Das darf nicht sein. Deshalb wurden die Berufsschulen jetzt auch ausdrücklich in das neue Startchancenprogramm aufgenommen.

Wenn wir jetzt alles richtig machen – wie lange wird es dauern, bis wir den Turnaround schaffen und bessere PISA-Ergebnisse erreichen?

Rabe: Hamburg hat zehn Jahre gebraucht.

Hamburg gilt im Ländervergleich als Musterschüler. Von den hinteren Plätzen hat sich die Stadt innerhalb dieser zehn Jahre unter die Top 5 vorgearbeitet. Was war das Erfolgsrezept?

Rabe: Man braucht die politische Rückendeckung, viel Geld und gute Nerven für so eine 



Kraftanstrengung, denn sie kostet viel und ist nicht populär. Es gab in Hamburg große Widerstände. Ein Beispiel: Die Rechtschreibung der Hamburger Schüler war vor 13 Jahren katastrophal. Ich wollte das verbessern. Aber fast alle Verbände und Interessengruppen der Bildungswelt waren dagegen. Rechtschreibung sei Pädagogik „von gestern“, mache die Schulen zur „Paukschule“. Ich bekam damals sogar einen Wut-Brief aus der Bildungswelt mit der Überschrift: „Diktat kommt von Diktatur“. Auch die neu eingeführte Lesezeit von 20 Minuten pro Schultag ist nicht nur auf Begeisterung gestoßen. Denn im Gegenzug müssen andere lieb gewordene Dinge gekürzt werden. Da braucht man schon ein dickes Fell und politischen Rückhalt. Den braucht man auch beim Geld. Die Unterstützung von Schulen in sozial schwieriger Lage durch mehr Lehrer, kleinere Klassen und zahlreiche kostenlose Förderangebote ist teuer. Doch das Ergebnis war: Im Lesen verbesserten sich Hamburgs Grundschüler von Platz 14 auf Platz drei aller Bundesländer, in der Rechtschreibung von Platz 15 auf Platz fünf.

Solche Interessenkonflikte gibt es nicht nur in Hamburg. Inwieweit gibt es zu solchen Themen eine Abstimmung zwischen den Ländern?

Rabe: Die KMK ist ein gutes Austauschgremium. Man bekommt Impulse und Anregungen über Verbesserungen und Probleme. Die KMK ist auch hilfreich, um große Leitlinien und klare Bildungs-

Einige von **Ties Rabes** Reformen würden Experten gern bundesweit eingeführt sehen.

Allen voran die Vorschulpflicht für Kinder ab fünf Jahren, die in Deutschtests besonders schlecht abschneiden.

standards festzulegen. Aber den Weg dahin und die Umsetzung im eigenen Schulsystem muss jedes Bundesland selbst gehen und seine Hausaufgaben selbst erledigen.

Brauchen wir ein anderes Gremium, oder sollte gar der Bund die Steuerung übernehmen?

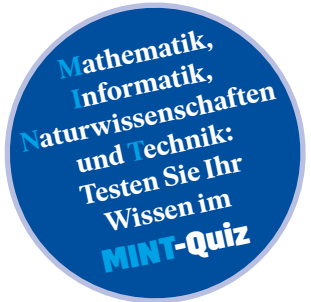
Rabe: Nein. Wozu auch? Was soll damit besser werden? Jeder Kultusminister kann doch jetzt schon handeln. Und wenn es 16 Kultusministern schwerfällt, pädagogische Verbesserungen in allen Schulen durchzusetzen, warum sollte es dem Bund besser gelingen? Die Bundesregierung in Berlin ist doch von den Schulen noch viel weiter entfernt als die Schulministerien in Hamburg, München oder Hannover. Und aus der Geschichte wissen wir: Je weiter weg die Führung ist, desto mehr macht jeder, was er will. Zudem ist die Reform von komplexen Systemen immer schwierig. Der Bund zeigt bei der Bahn und bei der Bundeswehr immer wieder, dass er es auch nicht besser kann. Und diese beiden Systeme sind viel, viel kleiner als das Schulsystem. Und vor allem: Wenn wir wirklich den Föderalismus als eine Grundlage des gesamten politischen Systems in Deutschland umbauen wollen, dauert das 20 Jahre. Und in diesen 20 Jahren werden Millionen Schüler weiterhin zu wenig lernen. Das können wir uns angesichts der schlechten PISA-Ergebnisse nun wirklich nicht leisten. P

Das Gespräch führte Annette Kuhn



Wie hätten Sie beim PISA-Test abgeschnitten?

Die Ergebnisse der aktuellen PISA-Studie sind verheerend: Fast ein Drittel der getesteten 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland scheitert an einfachen Matheaufgaben. Insgesamt sanken die Kompetenzen in Mathematik von 489 auf 472 Punkte. Auch bei der Lesekompetenz ging es nach unten: von 487 auf 476 Punkte. Insgesamt sind die Schüler demnach um fast ein Schuljahr zurückgefallen. Doch Hand aufs Herz: Hätten Sie es besser gemacht? **Testen Sie Ihre Mathekompetenz** mit drei Originalaufgaben, die den Schülern im PISA-Test 2022 gestellt wurden.

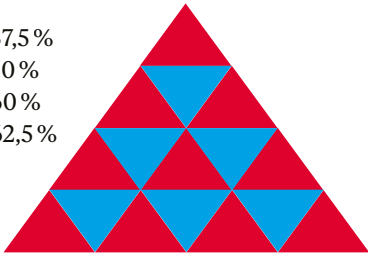


Hättens Sie es gewusst?

MAGISCHE DREIECKE

Ahmed hat das folgende Muster aus roten und blauen Dreiecken gezeichnet. Die ersten vier Reihen sind hier dargestellt. Wie groß ist der Anteil der blauen Dreiecke?

- A 37,5 %
- B 50 %
- C 60 %
- D 62,5 %



Ahmed will sein Muster um zusätzliche Reihen erweitern. Er behauptet, dass der prozentuale Anteil an blauen Dreiecken im Muster immer unter 50 % sein wird. Hat Ahmed recht?

- A ja
- B nein

Der Anteil der blauen Dreiecke ist 37,5 %. Das es immer ein rotes Dreieck mehr in jeder Reihe geben wird, ist der Anteil der blauen Dreiecke im Muster immer unter 50 %.

A // A

Die richtige Antwort:

IMMER, MANCHMAL, NIE

Wenn eine ganze Zahl mit sich selbst multipliziert wird, ist die Lösung eine gerade Zahl!

- A immer wahr
- B manchmal wahr
- C nie wahr

Verdoppelt man eine ganze Zahl, so erhält man eine gerade Zahl!

- A immer wahr
- B manchmal wahr
- C nie wahr

Halbiert man eine ungerade ganze Zahl, so erhält man eine ganze Zahl!

- A immer wahr
- B manchmal wahr
- C nie wahr

Beispiel Frage 1: $3 \times 3 = 9$, also keine gerade Zahl; eine gerade Zahl ist dadurch charakterisiert, dass sie durch 2 teilbar ist und man dabei eine gerade Zahl erhält; Gegenbeispiel Frage 3: $9 : 2 = 4,5$ (keine ganze Zahl)

B // A // C

Die richtige Antwort:

BASKETBALL-STATISTIK

Die folgende Schlagzeile ist in den „Zedland Nachrichten“ erschienen:

Basketballmannschaft gewinnt die Meisterschaft

Jedes Spiel der Saison gewonnen.
Durchschnittlich 19 Punkte Vorsprung in dieser Saison!

Ist es angesichts des durchschnittlichen Punktevorsprungs in der Saison möglich, dass die Mannschaft kein einziges Spiel tatsächlich mit 19 Punkten Vorsprung gewonnen hat?

- A ja
- B nein

Nur weil der durchschnittliche Punktevorsprung bei 19 Punkten liegt, heißt das nicht, dass mindestens ein Spiel mit 19 Punkten Vorsprung gewonnen wurde. Theoretisch könnte die Hälfte der Spiele beispielsweise mit 20 und die andere Hälfte mit 18 Punkten Vorsprung ausgegangen sein. Auch das ergibt einen Durchschnitt von 19 Punkten Vorsprung.

A

Die richtige Antwort:



Gibt es rechtsfreie Räume in Deutschland?

Die Bahnhofsviertel in Frankfurt und Hamburg, der Görlitzer Park in Berlin – all diese Plätze haben zweifelhafte Berühmtheit erreicht als Elendsviertel voller Drogenkriminalität und Obdachlosigkeit. Doch warum hat die Staatsmacht diese Brennpunkte gefühlt aufgegeben? Und was müsste passieren, damit es besser wird?



1. Das Problem:

Obdachlosigkeit, Gewalt, Zwangsprostitution und Drogenabhängige, die durch die Straßen wandern – seit Jahren schon ist das Viertel rund um den Frankfurter Hauptbahnhof der Schandfleck einer sonst so gestriegelten Bankenmetropole. Dem britischen Boulevardblatt „The Sun“ war dies Anfang April sogar einen reißerischen Artikel wert. In diesem warnte sie Fußballfans, die planen, im Rahmen der im Sommer stattfindenden Europameisterschaft nach Frankfurt zu reisen, vor dem „Zombie District“ am Bahnhof. Das Viertel sei mit seinen „5.000 schlurfenden Junkies und 300 Dealern“ der „gefährlichste Slum Deutschlands“.

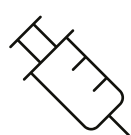
Wenngleich das eine blanke Übertreibung ist, sprechen die Zahlen eine klare Sprache. Frankfurt ist laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2023 mit 14.872 Straftaten pro 100.000 Einwohner zum wiederholten Male auf Platz eins in der Rangliste der kriminalitätsbelasteten Städte Deutschlands. In kei-

nem anderen Teil der Stadt ist das Verbrechen präsenter als im Bahnhofsviertel. 2023 fanden mehr als die Hälfte aller Straßen-Überfälle Frankfurts allein in diesem kleinen Bereich von nicht mal einem Quadratkilometer statt. Innerhalb von fünf Monaten wurden hier im Herbst und Winter 2023/2024 zudem 53 Waffen sichergestellt – von Schreckschusspistolen bis zum Fleischerbeil. Eines der drängendsten Probleme ist und bleibt jedoch die Drogenthematik. Mehr als jede dritte Straftat im Frankfurter Bahnhofsviertel war im Jahr 2023 ein Delikt der Betäubungskriminalität. Die Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um ganze 39,7 Prozent, die Anzahl der im Bahnhofsviertel registrierten Kriminalfälle um 10,5 Prozent.

Frankfurt ist aber kein Einzelfall. Deutschlandweit tun sich Hotspots von Verrohung und Verwahrlosung auf, wie etwa am Leopoldplatz in Berlin-Wedding, wo sich die Drogenszene di-

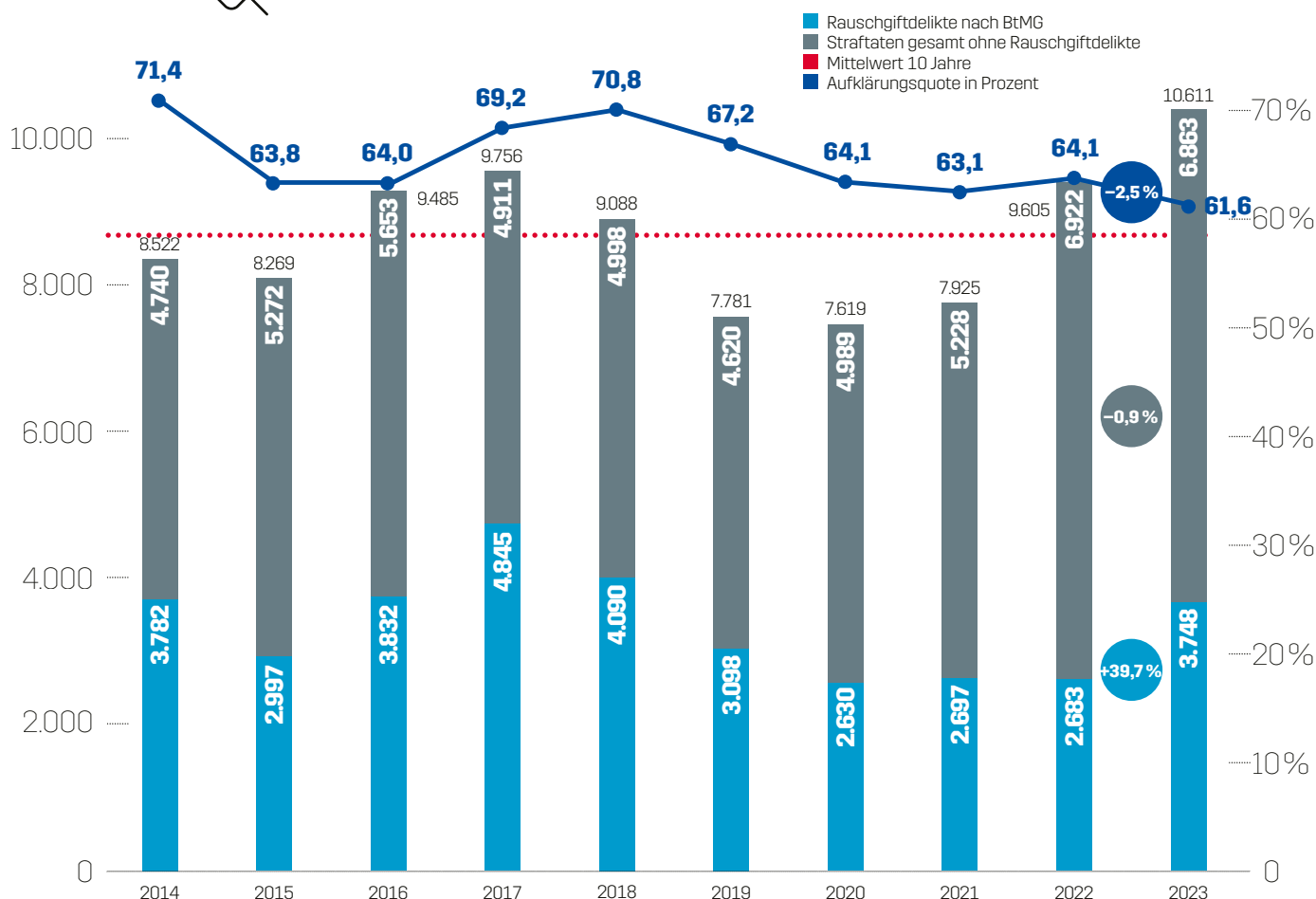
rekt neben einem Kinderspielplatz und einer Kirche trifft. Abhängige sitzen in den Hauseingängen – sie mischen, bereiten auf, konsumieren. Der Leo sei ein gutes Beispiel dafür, „wie Menschen, die dort wohnen, sich mittlerweile mit dem Elend arrangieren“, sagt Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft DPolG. Der Kampf gegen die Verelendung sei hier in weiten Teilen aufgegeben worden. „Die Polizei in Berlin“, sagt Wendt, „ist an ihre Grenzen gekommen.“

Zu spüren ist das auch am Görlitzer Park im Bezirk Kreuzberg. Hier leistet sich die Staatsmacht schon seit vielen Jahren ein scheinbar nicht enden wollendes Katz-und-Maus-Spiel mit Dealern und anderen Kleinkriminellen. Von den 5.800 Straftaten im umliegenden Wrangelkiez seien laut Berlins Polizeipräsidentin Barbara Slowik rund 1.450 im Görlitzer Park verübt worden. Besonders in den Abend- und Nachtstunden ist die Gegend zur No-go-Area geworden. ▶



Rauschgift als Kriminalitätstreiber

Straftaten im Bahnhofsviertel Frankfurt gesamt und Anteil Rauschgiftdelikte nach BtMG



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Frankfurt am Main 2023



Und auch in Hamburg im August-Bebel-Park scheint die Welt aus den Fugen geraten zu sein. Zeitweise treffen sich auf der Grünfläche in der Nähe des Hauptbahnhofs nahezu unbehelligt über 100 Drogenabhängige und Dealer zu Handel und Konsum, unter ihnen sind auch viele Obdachlose. Es ist ein Hotspot für Kriminalität, der auch in die umliegenden Straßen ausstrahlt. All diese Szenerien scheinen eines gemein zu haben: Die Politik und die Behörden wirken hilflos gegenüber der geballten Masse an Delikten. Sind Recht und Gesetz an diesen Orten überhaupt noch wirksam?

2. Die Gründe:

Fragt man den Vorsitzenden der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt, ist nicht zuletzt der Unwille der Politik ein Grund für die aktuelle Lage an vielen Kriminalität-Hotspots in Deutschland. „Was sich in Frankfurt abspielt, ist ein Komplettversagen. Die Kommune rühmt sich gern ihrer Ordnungsdienste. Aber sie tut eigentlich wenig.“ An über 5.000 Bahnhöfen in Deutschland soll die Bundespolizei für Sicherheit sorgen, in Frankfurt ist es ein Zusammenspiel aus Landes- und Bundespolizei. Diese Kräfte seien jedoch nicht zuständig für die Obdachlosen und Bettler. Das seien „Ordnungsstörun-

gen“, so Wendt, denen sich die Kommune annehmen müsse.

Hinzu komme: Die Politik habe die Polizei kaputtgespart. Die Bereitschaftspolizei etwa sei an vielen verschiedenen Orten gebunden – etwa bei Fußballspielen bis hin zur Kreisklasse. Dauerpräsenz sei so gar nicht möglich.

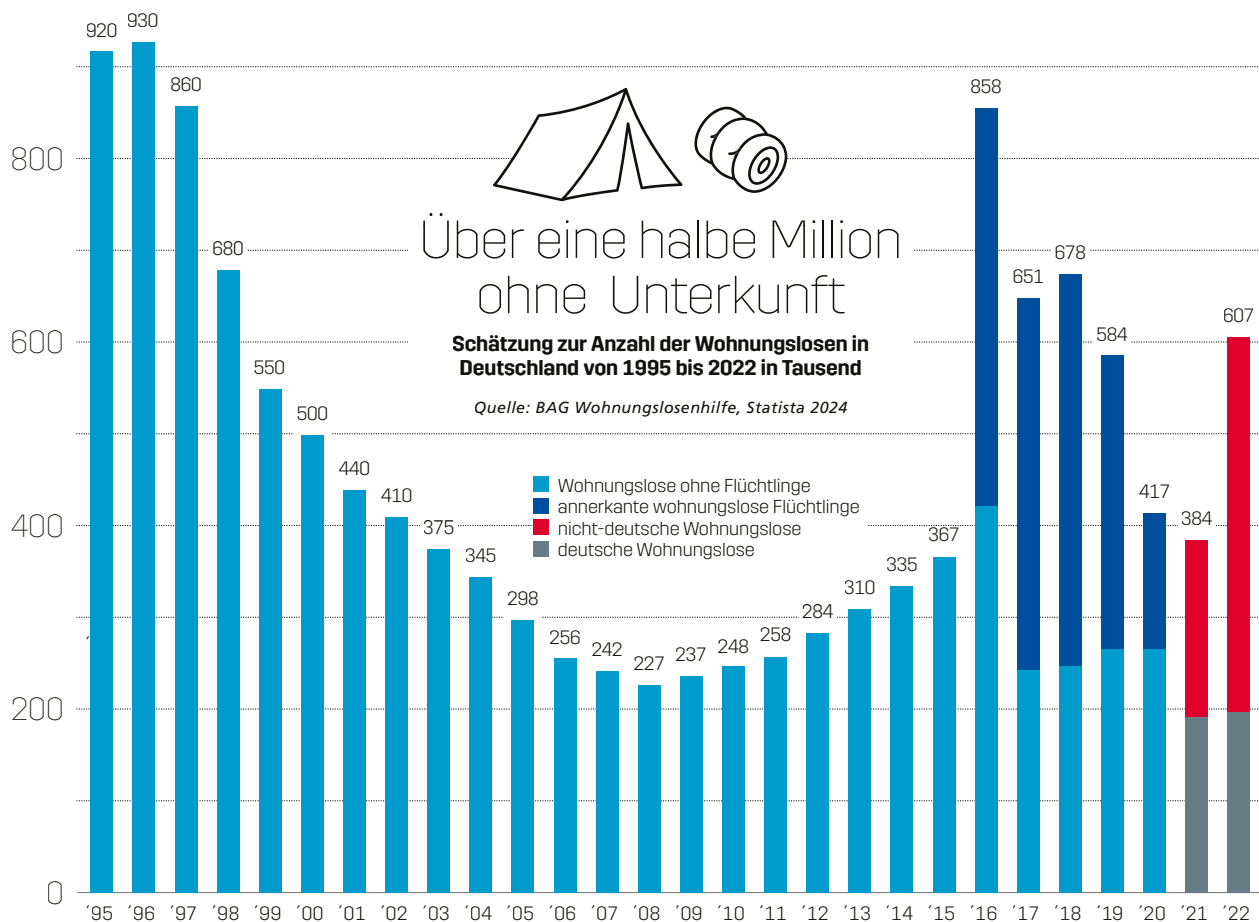
In Berlin werde man der Dauerstraftäter einfach nicht habhaft. Viele davon seien Asylsuchende ohne Aussicht auf Bleiberecht in Deutschland. „Im Görlitzer Park reden wir von etwa 200 Personen, die fast alle bekannt sind und die man außer Landes bringen könnte. Aber die Politik will es nicht“, sagt Wendt. Immer wieder hat es Leuchtturmprojekte gegeben, Fußballturniere mit den Drogendealern, Stellplätze, an denen sie sich postieren sollen, damit Passanten sie umgehen können. Stattdessen sollten laut Wendt die Drogendealer besser in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden. Doch es fehle an Abschiebehaftplätzen.

Zudem können sich die wenigsten der mutmaßlichen Straftäter ausweisen, was der Ausländerbehörde die Bearbeitung erschwert. „Es ist eine frustrierende Situation“, sagt Wendt. Die Polizei müsse sich infolgedessen mit Symptomen herumschlagen. Strukturen würden sich dadurch nur noch mehr verfestigen.

3. Die Lösung:

Ansätze, der schwierigen Gemengelage an Deutschlands Kriminalitäts- und Drogen-Hotspots zu begegnen, gibt es viele – seitens der Polizei, Politik oder auch von Bürgerinitiativen. So bat 2023 eine Gruppe von Anwohnenden, Gewerbetreibenden, Initiativen und Vereinen in einem offenen Brief die Zuständigen der Berliner Politik um mehr Hilfsangebote, Schlafplätze und Aufenthaltsräume für betroffene Menschen, Ansprechpersonen für Anwohnende und eine zielgerichtete Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Senat.

Der Grund: Die sozialen Probleme hätten sich verschärft. Direkt vor den Haustüren würden harte Drogen konsumiert. Es gebe viele wohnungslose und von Armut betroffene Menschen mit „massiven psychischen Auffälligkeiten“. Auch die Bürgerinitiative Wrangelkiez United setzt sich für eine friedliche Koexistenz mit allen Beteiligten und mehr Sozialarbeit ein. Zu viel Polizeipräsenz Sorge nur für eine Verschiebung der Kriminalität in umliegende Straßen. Zwar geht die Berliner Polizei schon seit 2021 im Görlitzer Park mit Spürhunden, Zivilbeamten und einer Brennpunkteinheit gegen Dealer vor Ort vor. Die Probleme der Anwohnenden löse die Polizeipräsenz aber nicht.



Ende 2023 verabschiedeten die Berliner Regierungsparteien CDU und SPD auf einem Sicherheitstreffen für den Görlitzer Park und den Leopoldplatz schließlich ein Maßnahmenpaket in Höhe von 31 Millionen Euro. Zu den geplanten Angeboten gehören unter anderem mehr Drogenkonsumräume, Unterbringungsmöglichkeiten für obdachlose Drogenabhängige, eine Ausweitung von Sozialarbeit und Drogenprävention.

Weiterhin im Beschluss enthalten: ein Zaun. Dieser soll rund um den Görlitzer Park gebaut und nachts zugesperrt werden. Der Görlitzer Park sei „ein Symbol für falsch verstandene Toleranz. Damit ist jetzt Schluss“, sagte Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner (CDU). Inspiration für den Zaunvorstoß gibt es in Hamburg, wo seit April 2024 ein 1,63 Meter hoher Zaun den August-Bebel-Park in zwei Bereiche teilt: Grünfläche und „hoch funktionale Fläche“ vor der Drogenhilfe „Drob Inn“. Bald sollen Sitzgelegenheiten und Witterungsschutz folgen.

Und im Frankfurter Bahnhofsviertel? Dort hat Oberbürgermeister Mike Josef im Herbst 2023 eine Waffenverbotszone einrichten lassen. Die Strategie: mehr Verbote und mehr Sozialarbeit, mehr Kameras, mehr Toiletten. In diesem Jahr werden zudem die Zuschussmittel für sämtliche Träger der

Drogenhilfe im Bahnhofsviertel aufgestockt. „Damit können die Straßensozialarbeit und die Öffnungszeiten von Einrichtungen der Drogenarbeit ausgeweitet werden“, sagt Frankfurts Sozial- und Gesundheitsdezernentin Elke Voith.

Oberbürgermeister Mike Josef konnte im Frühling 2024 von ersten Erfolgen berichten: „Die Waffenver-

botszone und die neuen Videokameras sorgen nachweislich für mehr Sicherheit.“ Allein die Kameras im Bahnhofsviertel trugen seit Beginn des Jahres zur Identifizierung von 178 Beschuldigten bei.

Trotz aller Vorstöße: Das Problem ist groß, noch immer. Schon vor Jahren hätte die Bundespolitik auf die Elendspandemie reagieren müssen. Sie hätte die Polizei mit mehr Befugnissen ausstatten, straffällig gewordene Migranten außer Landes verweisen und Obdachlosen und Drogensüchtigen mehr Hilfsangebote zukommen lassen müssen. Jetzt geht es mancherorts nur noch um Schadensbegrenzung.

Es lohnt ein Blick in die Schweiz. Denn Frankfurt und Zürich haben eines gemein: Beide Städte gelten seit Anfang der 1990er-Jahre als Drogenhochburgen. Während Frankfurt immer mehr die Kontrolle zu verlieren scheint, ist in Zürich der offene Drogenkonsum weitgehend aus dem öffentlichen Raum verschwunden. In Zürich darf nicht im öffentlichen Raum konsumiert werden. Kontakt- und Anlaufstellen sind fußläufig auf das Stadtgebiet verteilt. So kann eine Ballung vermieden werden. Dealern gegenüber begegnet die Polizei mit einer Null-Toleranz-Politik. Und: Die meisten Drogenkranken haben eine Unterkunft.

»Was sich in Frankfurt abspielt, ist ein Komplettversagen.«

Rainer Wendt,

Bundvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft DPoIG



Rezession hält an – nur sehr vage Hoffnungsschimmer

Die M+E-Industrie blieb auch Anfang 2024 in der Rezession. Der Rückgang von Produktion und Umsatz setzte sich im ersten Quartal fort. Zwei von fünf M+E-Firmen klagen inzwischen über Auftragsmangel. Setzt sich der Trend fort?

Die Konjunktur in der deutschen Metall- und Elektro-Industrie (M+E-Industrie) war im ersten Quartal 2024 ernüchternd. Preisbereinigt lagen sowohl die Neuaufträge als auch die Produktion in den ersten drei Monaten um sieben Prozent unter dem Vorjahresniveau. Der Absatz sank um sechs Prozent. Die wichtigsten Konjunkturindikatoren zeigen zudem weiterhin deutlich abwärts.

Eine Tiefststand ist auch bei den Unternehmensplänen noch nicht zu erkennen. Die Auftragsbestände werden immer negativer beurteilt. Es stehen zwar noch Aufträge aus der durch Materialengpässe geprägten Sonderkonjunkturphase 2021/2022 in den Büchern, diese werden aber kaum abgerufen. Infolgedessen sank die Auslastung im April weiter unter den langjährigen Mittelwert auf nur noch 82 Prozent – das sind drei Prozent weniger als üblich. Auch die Firmenpläne zu Produktion und Export sind anhaltend negativ.

Lichtblicke liefern zumindest die Geschäftserwartungen für das kommende Halbjahr. Im ifo-Geschäftsklima zeigt sich, dass der Pessimismus nachlässt. Die M+E-Firmen sehen langsam die Talsohle erreicht. Dafür spricht auch, dass die Beschäftigung weiterhin stabil bleibt. Die M+E-Unternehmen halten an ihren – spätestens im nächsten Aufschwung – dringend benötigten Fachkräften fest. Auch der Lkw-Verkehr hat sich seit Jahresanfang erholt und lag im April erstmals seit September 2022 wieder leicht über dem Vorjahr. Insgesamt bleibt das Niveau aber noch schwach.

Die Anzeichen für eine Bodenbildung bleiben damit weiterhin sehr vage. Wirkliche Impulse für einen Aufschwung fehlen. Hierfür wären spürbar bessere Rahmenbedingungen für mehr Investitionen und eine höhere Wettbewerbsfähigkeit des Standortes nötig. Dies setzt aber wiederum die Wirtschaftswende hin zu einer Angebotspolitik voraus.

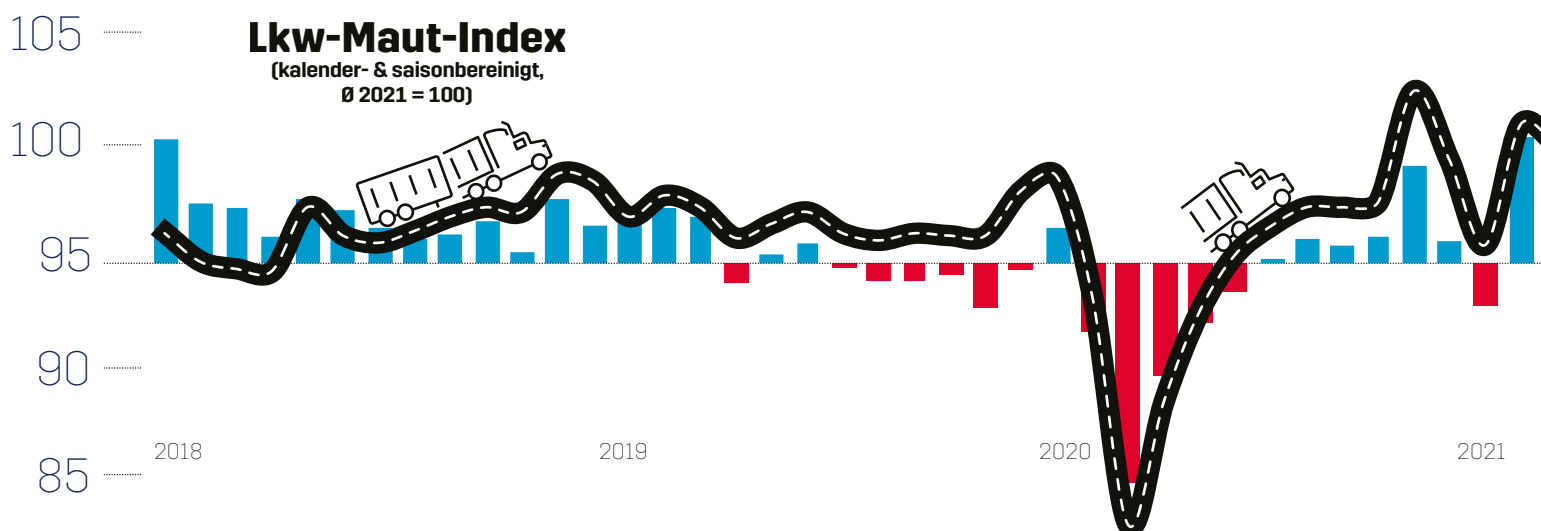
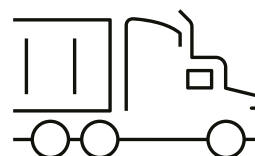
P

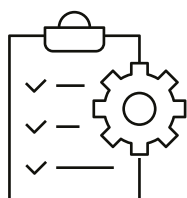
ICONS: GETTY IMAGES/APPLEUZR (2), GETTY IMAGES/SPEECH BUBBLE, GETTY IMAGES/ILLUSTRATOR DE LA MONDE

Lkw-Maut-Index: Im April erstmals seit 2022 wieder leicht über Vorjahresniveau

Lkw-Maut-Fahrleistungsindex, kalender- & saisonbereinigte Indexwerte (Ø 2021 = 100) sowie kalenderbereinigte Veränderung zum Vorjahresmonat

Quelle: Statistisches Bundesamt;
Gesamtmetallberechnungen





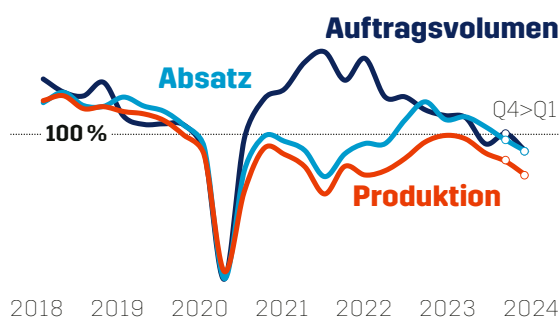
Absatz folgt der negativen Entwicklung von Neuaufträgen und Produktion

Auftragseingang, Umsatz & Produktion in der M+E-Industrie, preis-, kalender- & saisonbereinigte Quartalswerte (revidiert durch Stat. Bundesamt)

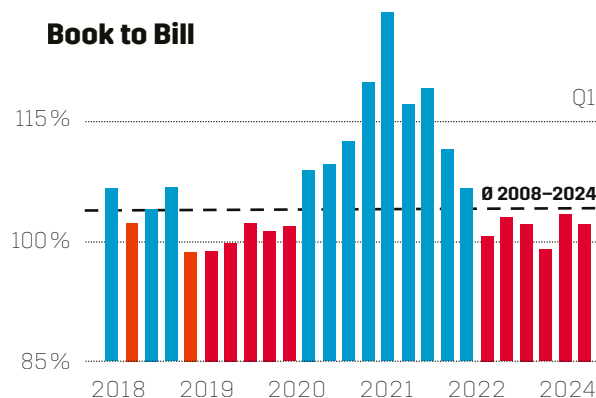
Quelle: Statistisches Bundesamt; Gesamtmetallberechnungen, Werte ohne WZ 32+33

* Reindiziert auf Ø 2015 = 100

Indizes (Ø 2015 = 100)*



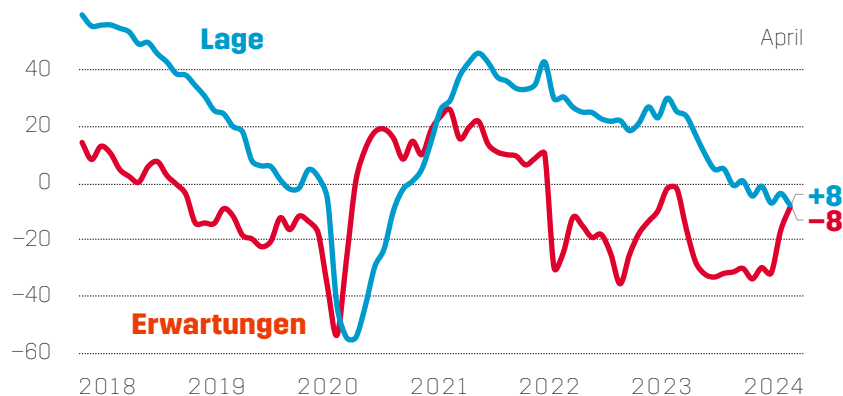
Book to Bill



Pessimismus der Unternehmen lässt nur langsam nach

ifo-Geschäftsklima M+E-Industrie, saisonbereinigte Salden der +/- Meldungen

Quelle: ifo Konjunkturtest, Werte für April 2024; Niveau und Trend in den letzten 3 Monaten



-26 Pt.

Beurteilung
Auftragsbestand

-2 Pt.

Nachfrage

-8 Pt.

Produktionspläne

-3 Pt.

Exportpläne

-12 Pt.

Personalpläne

+8 Pt.

Preiserwartungen

Vorjahresmonat
(kalenderbereinigt)

+15%

+7.5%

0%

-7.5%

-15%

2022

2023

2024



Was wurde aus dem ...

Betriebsrätemodernisierungsgesetz

Das 2021 in Kraft getretene „Betriebsrätemodernisierungsgesetz“ sollte Betriebsratsgründungen und -wahlen erleichtern, die Mitbestimmung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit stärken und die Betriebsratsarbeit fördern. Das Problem: Anspruch und Wirklichkeit fallen auseinander. Der fortschreitenden Digitalisierung und der Lebenswirklichkeit in Unternehmen und Betriebsratsgremien wird das Gesetz kaum gerecht. Allein die Einführung des Begriffs der KI bei der Betriebsratsbeteiligung macht die Betriebsverfassung noch lange nicht modern. Die wenigen positiven Ansätze des Gesetzes, wie die dauerhafte Möglichkeit, Betriebsratssitzungen mittels Video- und Telefonkonferenz durchzuführen, greifen zu kurz. Schon deshalb, weil gleichzeitig ein „Vorrang der Präsenzsitzung“ normiert wurde. Die Möglichkeit virtueller Betriebsversammlungen blieb gänzlich unberücksichtigt. Daneben erkennt das Gesetz zwar an, dass eine Schwierigkeit beim Einsatz von KI-Systemen darin liegt, deren Funktionsweise, Potenzial, aber auch Risiken zu begreifen. Dass Arbeitgeber dem Betriebsrat bei Fragen der Einführung oder Anwendung von KI im Betrieb nun pauschal einen Sachverständigen stellen und bezahlen müssen, hilft dabei wenig. Die kaum geklärte Frage, wann ein IT-System im Einzelfall unter KI fällt oder (noch) nicht, bleibt unbeantwortet. Auch der erhebliche Erfüllungsaufwand für Arbeitgeber wird nicht berücksichtigt. Eine zeitgemäße Modernisierung der Mitbestimmung sieht anders aus.

Impressum

Perspektiven

ist das vierteljährlich erscheinende Magazin der Metall- und Elektro-Industrie, mit dem die hohe Relevanz der Themen und Argumente der M+E-Industrie für Wirtschaft und Gesellschaft herausgestellt und in die politische Diskussion eingebracht wird. Das Magazin versteht sich als Plattform für Informationen, Ideen und Meinungen und sucht den Diskurs mit anderen Stakeholdern. Es richtet sich an eine breite Leserschaft in der Politik, den obersten Behörden, Verbänden und der Wissenschaft.

Herausgeber und Redaktionsanschrift:

Gesamtmittel
Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Voßstraße 16, 10117 Berlin
Tel.: 030 55 150-0
E-Mail: perspektiven@gesamtmittel.de
www.gesamtmittel.de

Verlag:

Axel Springer Corporate Solutions GmbH & Co. KG
Axel-Springer-Straße 65
10888 Berlin

Redaktion:

V.i.S.d.P. Martin Leutz
(Gesamtmittel),
Iris Grundmann
(Redaktionsleitung
Gesamtmittel),
Anika Berger, Tim Winter
(Redaktion Axel Springer
Corporate Solutions)
Aisha Wilson
(Projektmanagement Axel
Springer Corporate Solutions)

Druck und Vertrieb:

X-PRESS Grafik & Druck GmbH
Nunsdorfer Ring 13
12277 Berlin

ISSN-Nummer:

2703-0717

Fotoredaktion:

Birgit Kohne

Art-Direktion und Layout:

Stefan Semrau
twoType design, Hamburg

Lektorat:

Reiner Klähn

Litho: Image-Pool, Berlin

Herstellung: Silvio Schneider

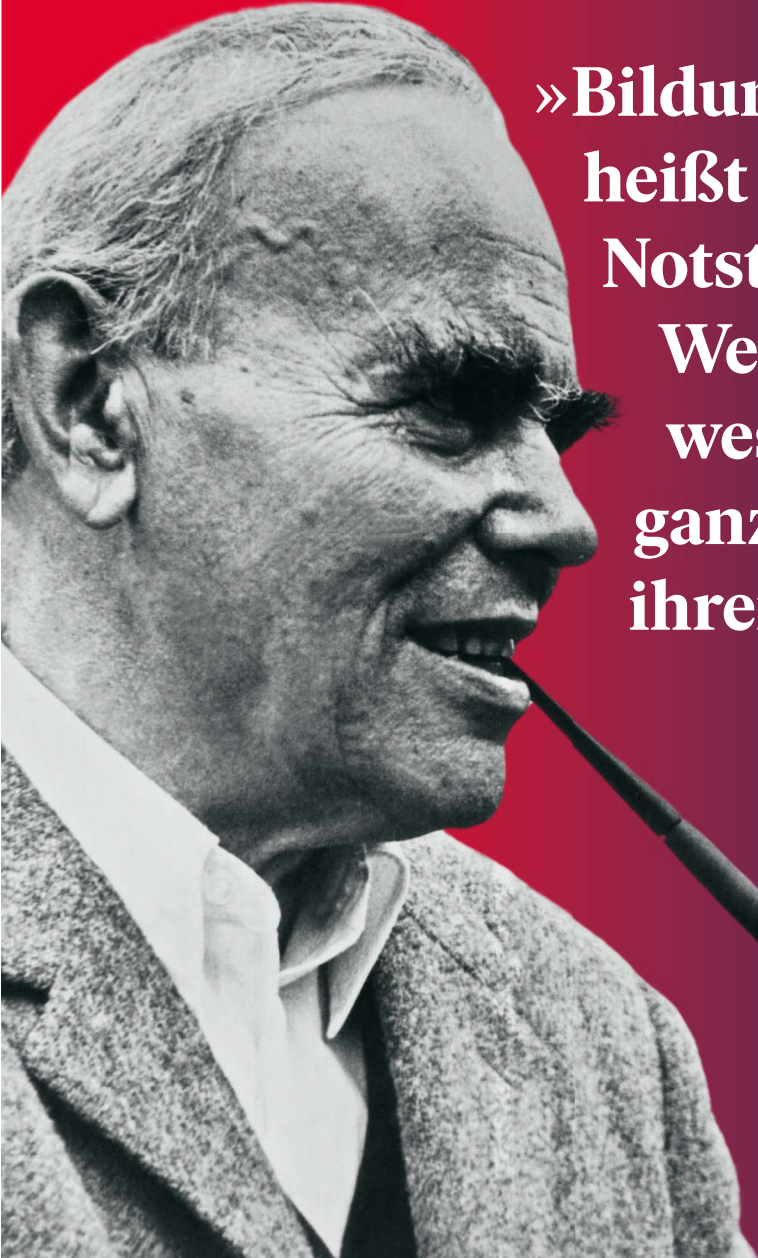
„Perspektiven“ erscheint
viermal jährlich in einer
Auflage von rund 3.500 Druck-
Exemplaren.

Wenn Sie „Perspektiven“
nicht mehr erhalten möchten,
bitte eine kurze E-Mail an:
perspektiven@gesamtmittel.de





Holt Deutschland auf beim Pisa-Test?



**»Bildungsnotstand
heißt wirtschaftlicher
Notstand. [...]
Wenn das Bildungs-
wesen versagt, ist die
ganze Gesellschaft in
ihrem Bestand bedroht.«**

Georg Picht (1913–1982)

1964 prägte der deutsche Philosoph in einer Artikelserie der Wochenzeitung „Christ und Welt“ den Begriff „Bildungskatastrophe“. Schon damals wies er darauf hin, dass der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands ein rasches Ende nähme, wenn die im technischen Zeitalter besonders benötigten qualifizierten Fachkräfte fehlten. Aufgrund der großen Resonanz veröffentlichte Picht seine Ansichten erneut im Buch „Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation“ (1964).